



# Richard Calwer Das sozialdemokratische Programm



1. bis 3. Tausend

Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1914

2 XI

beiterschaft in ihrer Gesamtheit auf ein höheres wirtschaftliches Niveau zu führen.

Was hier vor allen Dingen notwendig ist und was deswegen hier noch ausgeführt werden soll, das ist eine Aufklärung der Arbeitermassen über ihre Stellung im Wirtschaftsleben. Soviel auch heute der Arbeiter mit Bildungstoff überschüttet wird, die rein wirtschaftliche Belehrung, die freilich je nach dem sozialen Niveau recht verschieden gehalten sein muß, fehlt ihm. Und doch ist gerade hier die Wurzel der Erkenntnis zu suchen, die den Willen zu beeinflussen hat. Man darf und soll nicht damit rechnen, daß die Volksschule diese Kenntnisse der heranwachsenden Jugend übermitteln wird. Das wird sie nicht und kann sie unter den heutigen politischen Machtverhältnissen nicht. Deswegen muß hier die Erziehungsarbeit der Arbeiterorganisationen selbst einsetzen. Was heute an Bildungsmitteln geboten wird, mag gut und schön sein, aber was nützen alle Bildungselemente, wenn die Hauptsache fehlt, wenn der heranwachsende Arbeiter sich in dem Labyrinth der Erwerbsverhältnisse nicht zurechtfinden kann, wenn er nicht darüber aufgeklärt wird, in welcher Weise er allein vorwärts kommen kann. Das ist das A und O, das der heutige junge Arbeiter braucht. Und hier fehlt es noch sehr an mündlicher und schriftlicher brauchbarer Aufklärung. Selbst dadurch, daß die Arbeiter sich einer Organisation anschließen, ist noch nichts für den intellektuellen Reifezustand des Arbeiters gesagt. Er muß genau wissen, aus welchen Gründen er sich anschließen muß, er muß den Zusammenhang der heutigen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse einsehen, so daß in ihm selbst die Erkenntnis aufleuchtet, warum er der Organisation beizutreten hat. Nicht nur für die noch zu organisierenden Arbeitermassen, sondern auch für die organisierten ist systematische und fortlaufende wirtschaftliche Aufklärung weit wichtiger, als es heute leider angenommen wird. Auch hier ist für die Arbeiter das Beste gerade gut genug. Dem Auffassungsvermögen der Arbeiter muß sich die Wissenschaft anpassen; sie vergibt sich dabei wahrhaftig nichts.

## Das Schaffen des Arbeiters

Der Wert der Ware Arbeitskraft wird durch ihre Reproduktionskosten bestimmt. Das ist ein sehr richtiger Satz, aber es ist zu bedenken, daß der Begriff Reproduktionskosten äußerst dehnbar ist. Die Höhe der in irgendeinem Marktgebiete zu einer bestimmten Zeit geltenden und üblichen Reproduktionskosten hängt von einer ganzen Reihe von Ursachen ab, nicht zuletzt wieder von dem Grade der Produktivität der Natur, wozu diesmal auch die Produktivität der Menschen selbst zu rechnen ist. Wenn wir die Reproduktionskosten international vergleichen würden, so kämen wir zu ganz gewaltigen Unterschieden in der Höhe der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft. Bevor diese einigermaßen miteinander ausgeglichen sind, ist an eine endgültige Lösung des sozialen Problems nicht zu denken. Aber wir brauchen das Problem gar nicht erst international zu erfassen, es genügt, auf ein einzelnes politisch geschlossenes Wirtschaftsgebiet zu schauen, um die starken Gegensätze in der Höhe der Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu erkennen. Gibt es nun eine Grenze dieser Kosten nach unten? Leider nein. Das muß mit allem Nachdruck betont werden. Neben den armen Schichten der Bevölkerung gibt es noch ärmere, noch anspruchslosere und noch dürftiger lebende bis herab zu den Kreisen, deren Dasein überhaupt nicht mehr nach heutigen Begriffen als menschlich angesprochen werden kann. Die starken Unterschiede im Niveau der Reproduktionskosten sind vorhanden. Aus ihnen resultieren nun verschiedene wichtige Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Besitzer der Ware Arbeitskraft muß seine Ware verkaufen, damit er Einkommen erhält. Er will und sucht Arbeitsgelegenheit. Da aber das Ausmaß der Arbeitsgelegenheit ein im Verhältnis zur Zahl der Arbeitssuchenden beschränktes ist, so entsteht auf dem Arbeitsmarkt ein mehr oder weniger starker Wettbewerb der Arbeitssuchenden um die offenen Stellen. Die Arbeitssuchenden mit ihren verschiedenen Ansprüchen ans Leben, die sich aus dem Milieu, aus dem sie kommen, ergeben, drücken sich den Preis der Ware Arbeitskraft gegenseitig herab, da sie es eben in erster Linie auf die Arbeitsgelegenheit abgesehen haben müssen. Von Aus-

nahmeercheinungen sehen wir bei unserer Schilderung hier ab und geben nur die typischen Züge für den gesamten Arbeitsmarkt wieder. Je massenhafter, dabei aber doch je isolierter die Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt auftreten, desto mehr wird der Arbeitslohn herabgedrückt. Es gibt immer wieder Schichten mit niedrigen Lebensansprüchen, die solche mit höheren Ansprüchen aus dem Felde schlagen. Wieben die Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkte isoliert, so würde der Druck nach unten immer stärker zunehmen. Die Schuld daran ist — das muß scharf betont werden — nicht den Arbeitgebern, sondern den Arbeit-suchenden in erster Linie zuzuschreiben. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um persönliche Schuld, vielmehr muß man sich den ganzen Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeiter als ein reines Tausch-geschäft vorstellen. Der Arbeitgeber geht an den Arbeitsmarkt und sucht bestimmte Arbeitskräfte. Die bieten sich ihm an, und er wählt unter den sich Bietenden die, die ihm von seinem wirtschaftlichen Standpunkt aus am besten zusagen. Bei dieser Auswahl spielt die Rücksicht auf die Willigkeit der Arbeitskräfte mit die wichtigste Rolle. Im heutigen Tausch-verkehr mit seiner höchst gesteigerten Konkurrenz kann der einzelne Arbeitgeber gar nicht anders handeln und darf es vom Standpunkte der Wirtschaftlichkeit aus auch nicht, wenn er nicht ein großes Risiko laufen will. Die Tatsache, daß sich ihm die Arbeit-suchenden mit sehr verschie-denen Lohnansprüchen als Partner auf dem Arbeitsmarkte gegenüber befinden, macht es ihm also möglich, die Verschiedenheiten für sich aus-zunützen. Beim Tausche sucht eben jeder für sich zu gewinnen. Das ist die Regel, die immer gegolten hat und voraussichtlich immer gelten wird, wo getauscht wird. Theoretisch und praktisch kann eine Änderung bei diesem Tauschgeschäfte nur eintreten, wenn die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte eingedämmt und möglichst beseitigt werden kann. Die Konkurrenz kann aber schließlich nur dann beseitigt werden, wenn ihre Ursachen weggeräumt werden, nämlich die überaus starken Ver-schiedenheiten in den Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft selbst, soweit sie nicht durch die Natur der Menschen und der Verhält-nisse selbst bedingt sind. Und soweit dieses letztere der Fall ist, müssen die Verschiedenheiten durch eine gewisse Regelung erträglich gemacht werden.

Wenn wir erst erkannt haben, daß es gar nichts nützt, die Arbeit-geber bzw. das dahinterstehende Kapital für die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich zu machen, daß vielmehr die Entwertung der Arbeitskraft einzig und allein aus der Konkurrenz der Arbeiter selbst resultiert, dann erst haben wir den richtigen Grund und Boden für die Lösung des Problems gewonnen, wie die Arbeitskraft zu einer steigenden Bewertung gelangen kann.

Das erste und wichtigste ist die Erkenntnis, daß der Arbeiter aus seiner Isolierung heraus muß, daß ein Zusammenschluß, eine Organi-sierung nötig ist. Auf der Isoliertheit und Zersplitterung der Arbeiter beruht ihre wirtschaftliche Ohnmacht im Tauschverkehr. Die gewerk-schaftliche Organisation ist aus dieser Ohnmacht heraus geboren, gleich-zeitig aber auch aus der Erkenntnis, daß die Vereinigung der wirtschaft-lichen Interessen dem Arbeitgeber gegenüber eine notwendige Waffe im Tauschverkehr ist. Zunächst wird diese Waffe gegen den einzelnen Arbeitgeber in Anwendung gebracht, zum Teil noch in stürmischer, aus der Unzufriedenheit und Erbitterung herausgehorenen Weise. Unter Erfolgen und Mißerfolgen entwickelt sich die Erkenntnis nach zentralen Organisationen der verschiedenen Berufe, denen gegenüber nur auch noch die Organisationen der Arbeitgeber auf den Plan treten. Freilich so stark die Organisationen der Arbeiter heute auch schon sind, es muß zweierlei hervorgehoben werden: einmal ist erst ein kleinerer Teil aller organisationsfähigen Arbeiter zusammengeschlossen, dann aber ist die Organisation keine einheitliche, sondern es bestehen in Deutschland verschiedene Zentralorganisationen nebeneinander, während es die Ar-beitgeber schon zu einer einheitlichen Zentralorganisation gebracht ha-ben. Daß die Zahl der organisierten Arbeiterschaft noch nicht größer ist, das liegt an verschiedenen Gründen, zum größten Teil an der Un-wissenheit der meisten Arbeitskräfte in wirtschaftlichen Fragen, zum Teil auch an Abhängigkeiten, die sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte herausgebildet haben und sich nur allmählich beseitigen lassen. Jedenfalls tragen hier die bestehenden Organisationen kein Schuld für das noch nicht Erreichte. Anders stellt sich die Sache im Hin-blick auf die verschiedenen Organisationen. Hier liegt es schließlich doch im Willen und in der Macht der Arbeiterorganisationen, eine Einigung

herzustellen, die internen Gegensätze zu überwinden. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Zersplitterung der Organisationen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte nicht vermindert, das gemeinsame einheitliche Operieren den Arbeitgeberorganisationen gegenüber erschwert. Von dieser Trennung und Zersplitterung haben nur die Arbeitgeber den Vorteil, den Schaden aber haben die Arbeiter in ihrer Gesamtheit. Deswegen muß alles aufgeboten werden, diese Zersplitterung möglichst bald zu beseitigen und sämtliche Arbeiterorganisationen einheitlich in einer Zentralisation zu vereinigen. Was dieser Einigung hinderlich im Wege steht, muß gegenüber dem elementaren Interesse der Gesamtarbeiterschaft fallen. Denn wie kann man auf der einen Seite den Schaden der Zersplitterung und der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erkennen, wenn auf der andern Seite Organisationen bestehen, die diese Konkurrenz bis zu einem gewissen Grade wieder verstärken und verschärfen? Was wird an Zeit und Kraft durch den Streit der Organisationen untereinander verloren, welche gegenseitige Erbitterung wird in die Reihen der Arbeiter hineingebracht, wie wird die Anziehungskraft auf die noch außerhalb der Organisation Stehenden abgeschwächt? Es ist wie in einem Kampfe, in dem auf der einen Seite ein geschlossener Gegner steht, auf der andern Seite aber in den eigenen Reihen offene Zwietracht herrscht, die um so schlimmer ist, als gerade die Arbeiter es doppelt und dreifach nötig hätten, geschlossen aufzutreten.

Nun frage ich aber, ob es etwa wirtschaftliche Differenzen, die zu einer Zersplitterung der Arbeiterorganisation geführt haben? Die Antwort ist nein. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Überwindung der Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete ist so leicht zu gewinnen, daß darüber eine Einigung zu erzielen wäre. Trennend sind vielmehr Gesichtspunkte, die in wirtschaftlichen Fragen gar keine Rolle spielen sollten und bei den Gegnern, den Arbeitgebern, auch keine Rolle spielen. Diese beschränken sich bei ihren Organisationen aufs rein wirtschaftliche Gebiet und freuen sich, daß die Arbeiter so weit noch nicht sind. Es ist hier nicht meine Aufgabe, zu erörtern, wie die einheitliche Organisation der Arbeiter herbeizuführen ist. Ich stelle hier nur ein absolut dringendes Postulat auf und sage, daß die gegenseitige Trennung

der Arbeiter untereinander aus politischen, religiösen und sonstigen Gründen ein äußerst großer Fehler ist. Zu den sonstigen Gründen rechne ich ganz besonders aber die Festlegung der Arbeiter auf den Glauben der wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie im sozialdemokratischen Programm für die Zukunft festgelegt ist. Von diesem Glauben müssen und werden sich die Gewerkschaften losmachen, weil er sie in der Verfolgung ihrer rein wirtschaftlichen Ziele hemmt. Wenn man an diese Entwicklung glaubt, mindert man den Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit für die Gegenwart herab. Entweder es handelt sich um reine Vorarbeit für die politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, oder aber die gewerkschaftliche Tätigkeit ist Selbstzweck, ja Hauptzweck. Nur aus der Detailarbeit, aus dem täglichen Kleinkampf geht es langsam Schritt für Schritt vorwärts, je nach den Möglichkeiten, die das Wirtschaftsleben bietet, und die steigende Macht der Arbeiterorganisationen schafft. Es kommt nicht ein Tag, an dem die Früchte von selbst den Arbeitern in den Schoß fallen, sondern die heutige Arbeit ist für die heutige Generation so wichtig, daß es uns gar nichts angehen kann, was spätere Generationen etwa erreichen werden. Nur richtig angegriffen muß die Aufgabe werden, die Bewertung der Arbeitskraft zu steigern. Und dazu führt uns der Einblick in das große und weite Getriebe des Wirtschaftslebens. Ist aber einmal der richtige Weg zum Ziel erkannt, dann warte man nicht auf politische Umwälzungen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse keineswegs aus ihrem Zusammenhange reißen können, sondern arbeite schrittweise im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten vorwärts.

Man warte vor allem hier nicht auf den Staat. Der kann die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte so wenig beseitigen wie deren Ursachen. Das können eben nur die Arbeiter selbst, und zwar durch ihren Zusammenschluß. Diese Erkenntnis muß bis hinunter zum letzten Arbeiter verbreitet werden. Man muß ihm klar zu machen versuchen, daß er in seiner Isoliertheit den Kampf ums Dasein kümmerlich und kläglich führen wird, weil er der Konkurrenz machtlos preisgegeben ist, daß der einzelne Arbeiter nur ausnahmsweise emporkommen kann, daß nur der Zusammenschluß ihm im heutigen Laufverkehre eine stärkere Position verleihen kann, daß nur dadurch, daß die Arbeiterschaft in ihrer Ge-

samtheit vorwärts kommt, auch der einzelne Arbeiter seine wirtschaftliche Lage verbessern kann. Dazu ist vor allem nötig, daß die untersten Schichten der Arbeiterschaft, also vor allem die ungelerten, eine besonders eingehende Beachtung erfahren müssen. Die höhergestellten Schichten der Arbeiterschaft müssen die Gefahr erkennen, die ihnen von seiten gerade der ungelerten Arbeiter drohen muß. Es gilt also ganz besonders auf den Zusammenschluß dieser Schichten hinzuwirken, unter Umständen durch Opfer, die die höher entlohnte Arbeiterschaft zu bringen hat. Andernfalls bleiben diese breiten unteren Schichten ein Reservoir, durch das die höhergestellte Arbeiterschaft ständig unter Druck gehalten wird. Es darf bei aller Spezialisierung und Arbeitsteilung nicht übersehen werden, daß die Arbeitskräfte in ihrer Gesamtheit in engem, gegenseitigem Zusammenhange stehen, daß das Hauptziel sein muß, den Wert der Arbeitskraft als solcher zu heben, möge sie sich betätigen wie sie wolle. Also auch die Arbeit des Bauern ist hierher zu rechnen, nicht bloß die Arbeit des gewerblichen Arbeiters. Der Wert der Arbeitskraft kann aber generell und dauernd nur gehoben werden, wenn bei den untersten Schichten ein weiteres Hinabgleiten unmöglich und eine Steigerung der Reproduktionskosten erreicht wird. Diesen Zusammenhang müssen die bessergestellten Arbeiterschichten erkennen und ihre Maßnahmen daraus ziehen, wenn eine allgemeine Höherbewertung der Arbeitskraft erfolgen soll.

Das ist sicher richtig, daß die Arbeiterorganisationen der einzelnen Berufe zunächst das ganz verständliche Bestreben haben, nur das wirtschaftliche Interesse der eigenen Mitglieder zu verfolgen. In gewissen Grenzen ist dies Bestreben auch durchaus gesund. Aber auch hier gibt es Grenzen, deren Verletzung große Nachteile herbeiführt. Ich habe soeben auf die überaus wichtige Schicht der ungelerten Arbeiter hingewiesen. Ich möchte noch auf zwei Erscheinungen hinweisen. Wie die Masse der Ungelernten bei dem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt einen starken Druck ausübt, so gilt dies gleichmaßen von dem Import von Arbeitskräften, die billiger sind als die heimischen. Ist an sich schon die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in ihrer Gesamtheit und in der Regel größer als der Bedarf, so bedeutet dieser Import nicht nur eine Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit, sondern,

da die Ausländer billiger sind, auch einen Lohndruck. Schon eine geringe Zahl solcher Ausländer macht sich für die heimische Arbeiterschaft nachteilig bemerkbar. Solange die Arbeiter aber ihren wirtschaftlichen Kampf im Rahmen des nationalen Wirtschaftsgebietes führen müssen — und das wird noch auf lange Zeit hinaus der Fall sein —, so lange haben sie gar keine Ursache, die durch diesen Import erfolgende Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes gewissermaßen zu dulden. Sie nützen dadurch einzig und allein ihren wirtschaftlichen Gegnern und verschlechtern diesen gegenüber noch mehr ihre sowieso schon schwache Position.

Weiter sei noch auf einen internationalen Gesichtspunkt hingewiesen, der auch nicht zu unterschätzen ist. Die Arbeiter als Produzenten werden ein steigendes Interesse an der Sicherung von genügender Arbeitsgelegenheit gewinnen. Es konkurriert nicht nur der ausländische Arbeiter als Mensch mit ihnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, sondern unter Umständen auch die von den ersteren hergestellte Ware. Niedrige Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft im Auslande ermöglichen unter Umständen den Bezug einer Ware, die billiger auf den deutschen Markt gebracht werden kann, als die in Deutschland bei höheren Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft hergestellte Ware. Wenn die Verschiedenheit der Preise auf dem Niveauunterschiede der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft beruht und diese Verschiedenheit durch Technik und kaufmännische Organisation nicht ausgeglichen werden kann, so wirkt diese überlegene Warenkonkurrenz nicht nur lohndrückend auf dem Arbeitsmarkt, sondern vermindert je nach ihrem Erfolge die Arbeitsgelegenheit selbst. Angesichts der Tatsache, daß wir auf der Welt noch recht beachtenswerte Gebiete mit überaus starker Bevölkerung haben, in denen die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft ganz erheblich, zum Teil unvergleichlich niedriger stehen als bei uns, ist der hier aufgeführte internationale Gesichtspunkt für die Arbeitsmarktpolitik ebenfalls von grundlegender Bedeutung. Hier und bei der Importfrage stehen die Arbeiterorganisationen überwiegend noch auf dem Standpunkt des liberalen Prinzips, wonach alles seinen freien Lauf ohne Eingriffe der Staatsmacht nehmen soll. Es ist aber gar kein Zweifel, daß in dem Momente, in dem die industrielle Auf-

wärtsbewegung Deutschlands nicht mehr so schnell vorangeht wie bisher, die Wirkungen des bisherigen Standpunktes sich deutlich bemerkbar machen und zu einer anderen, mehr sozialistischen, also nicht liberalen Auffassung zwingen werden. Schon in der letzten Hochkonjunkturperiode hat der Arbeitsmarkt wenig erfreuliche Zeiten gesehen; die Arbeitsgelegenheit hat zwar ebenfalls wie früher noch kräftig zugenommen, aber nicht mehr im gleichen Verhältnis wie das Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Zu einem Teil war daran die vermehrte Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften schuld. Und selbst wenn diese Einwanderer die nämlichen Lebensansprüche wie die deutschen hätten, wäre sie in ihren Wirkungen auf die Arbeitsgelegenheit schon schlimm genug. Aber diese Ausländer haben niedrigere Ansprüche, sie drücken auf den Lohn und verschlechtern die Arbeitsbedingungen, so daß ein doppelter Schaden entsteht. Es ist schon schlimm genug, daß die heimischen Arbeiter in ihren untersten Schichten nur langsam und allmählich sich aufwärts entwickeln können, aber ein Vorwärtskommen ist ja überhaupt ausgeschlossen, wenn man auf diese Schichten noch einen ständigen Druck ausübt, indem die Arbeitgeber die niedrigen Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft im Ausland auf dem heimischen Marke ungehindert zum Nachteil der deutschen Arbeiterschaft ausnützen können. Dagegen müssen in erster Linie die Arbeiter selbst ihren Einfluß geltend machen, wenn sie auf wirtschaftlichem Gebiete in ihrer Gesamtheit vorwärts kommen wollen. Denn das muß immer festgehalten werden: so erfreulich Teilerfolge in einzelnen Gewerben und Berufen auch sein mögen, sie können nur dann als dauernd angesprochen werden, wenn sie auf einer allgemeinen Höherbewertung der Ware Arbeitskraft beruhen, die sich in der Bewegung des wirtschaftlichen Niveaus der breiten Schichten, vor allem auch der Ungelernten, ausdrücken muß. Ist dies nicht der Fall, so sind die partiellen Erfolge immer sehr problematisch, weil die Konkurrenz, die von unten herauf nach oben steigt, um so gefährlicher ist, je größer und unvermittelter die Unterschiede in den Reproduktionskosten der Arbeitskraft von einer Stufe zur andern sind.

Damit, daß die Arbeiterorganisationen in der bisher kurz skizzierten Weise Arbeitsmarktpolitik zu treiben haben, ist ihre Tätigkeit aber noch

feineswegs erschöpft. Im Gegenteil ist schon angedeutet worden, daß die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nur dann dauernd herabgemindert und zur allmählichen Beseitigung gelangen kann, wenn ihre Ursachen weggeräumt werden. Die hauptsächlichste Ursache besteht nun aber in den starken Unterschieden der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft oder der Lebensansprüche der Arbeiterschaft. Ich kann hier nur den springenden Punkt herausgreifen, um nicht zu ausführlich zu werden. Ich beschränke mich daher auf einen einzelnen Beruf. Jeder Beruf findet sich in der Regel an allen größeren Orten eines Wirtschaftsgebietes vertreten. Man könnte vielleicht theoretisch meinen, für den gleichen Beruf gelte der Satz, daß die nämliche Arbeitsleistung auch unter den nämlichen Arbeitsbedingungen erzielt und mit dem gleichen Lohn bezahlt werde. Aber diese Annahme ist durchaus falsch. Die Löhne sind verschieden, die Arbeitsbedingungen sind verschieden, auch die Arbeitsleistungen gleichen sich nicht immer. Nun würden kleine Abweichungen wohl wenig ausmachen, aber die Verschiedenheiten sind bei Löhnen und Arbeitszeiten so groß, daß gerade dadurch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die schärfste Anfechtung erhält. Von Orten mit niedrigen Löhnen findet Zuzug nach solchen mit höherem Lohnniveau statt. Sofern der Zuzug nicht zu stark wird, findet sicher eine Verbesserung der Lebenslage für die zuziehenden Arbeiter statt. Bei einer stark aufstrebenden gewerblichen Entwicklung mögen diese Wanderungen auf dem Arbeitsmarkt keinen Nachteil, sondern überwiegend Vorteile haben.

Die hier erwähnten Unterschiede rühren zum Teil daher, daß die Kosten für den Lebensunterhalt in den verschiedenen Gegenden sehr verschieden sind, anders in den Großstädten, anders auf dem platten Lande. Die Mannigfaltigkeit der Preise, Mieten usw. ist so groß, daß man zunächst an einem erfolgreichen Hinarbeiten auf einen Ausgleich verzweifeln sollte. Aber neben dieser Ursache liegt noch der Grund der Unterschiede daran, daß die Leistung an einem Orte nicht gleich hoch wie am andern bezahlt wird. Auch hier sind die Verschiedenheiten recht groß.

Wenn nun die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt beseitigt werden soll, dann müssen die Arbeiterorganisationen darauf bedacht sein,

dem Grundsatz, daß für die gleiche Arbeit der gleiche Lohn bei gleichen Arbeitsbedingungen bezahlt werden soll, zur Durchführung zu verhelfen. Das vermögen sie aber aus eigener Kraft heute nicht. Dazu ist es notwendig, daß auch die Arbeitgeber zu der nämlichen Erkenntnis kommen, wonach für sie die Unterschiede in der Bezahlung der Arbeitskräfte vom Ubel sind. Und zu dieser Einsicht kommen die Arbeitgeber bzw. ihre Organisationen immer mehr. Auch für sie ist es ungemein wichtig, daß für eine bestimmte Arbeitsleistung möglichst der gleiche Lohn zu bezahlen ist. Denn ist dies nicht der Fall, so werden durch die Unterschiede auch die Gestehungskosten und die Preise der Waren bzw. für Leistungen stark beeinflusst. Ein Arbeitgeber, der mit billigen Kräften arbeitet, kann die Ware oder Leistung auch den Kunden billiger anbieten als der Arbeitgeber, welcher gute Löhne zahlt. Ja, dieser Gedanke läßt sich noch weiter spinnen. Der Arbeitgeber kann auch seine Roh- und Betriebsmaterialien billig einkaufen. Wenn wir zusehen, worauf diese Billigkeit beruht, so werden wir meistens finden, daß es sich um Waren handelt, bei deren Herstellung billige Arbeitskräfte verwendet worden sind. Der Preis einer jeden Ware läßt sich in Anteile für die Arbeit und in Anteile für das Kapital zerlegen. Man wird finden, daß sich die Anteile des Kapitals im Durchschnitt viel mehr gleichen als die Anteile für die Arbeit. Wenn also die Arbeitgeber sich gegenseitig so scharfe Konkurrenz machen und der Preisdruck zunimmt, so liegt der Grund darin, daß die billige Ware, die den Druck ausübt, in der Hauptsache deswegen so billig ist, weil sie unter Verwendung billiger Arbeitskraft hergestellt ist. Hauptsächlich gilt dies von den Bezufen, für die die Maschine keine ausschlaggebende Bedeutung hat, aber auch in Gewerben, wo dies der Fall ist, spielt die Lohnhöhe für den Warenpreis eine bestimmende Rolle. Aus diesen Erwägungen ist es auch vom Standpunkte der Arbeitgeber wünschenswert und wird immer wünschenswerter, daß der Grundsatz der Bezahlung gleichen Lohnes für die gleiche Leistung zur Durchführung gelange.

In diesem Sinne stimmen also die Bestrebungen der Arbeiter und Arbeitgeber miteinander überein, so sehr der Gegensatz über die Höhe des Lohnes und über das Maß der Leistung zwischen Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft bestehen bleibt. Das gemeinsame Bedürf-

nis kann aber und muß im Interesse beider Kontrahenten befriedigt werden und wird befriedigt durch die sog. Tarifverträge, die die Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen miteinander abschließen. Hat man die ganze wirtschaftliche Tragweite dieser Tarifverträge erkannt, so wird man ihren Wert noch weit höher einschätzen, als dies heute der Fall ist. Ich habe in einem früheren Abschnitt darauf hingewiesen, daß nur in einem Teil der Warenherstellung eine Kartellierung und Vertustung sich herausbilden kann. Gerade in diesen Gewerben, wo die Vertustung möglich ist, haben es die Arbeiter noch besonders schwer, die Arbeitgeber zu einem Entgegenkommen zu zwingen. Immerhin aber geht wenigstens zunächst die Produktion und die Preisbildung einer Regelung entgegen. Das ist aber in den andern Gewerben nicht der Fall. In ihnen ist die Regelung nur durch ein Zusammengehen der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen möglich.

Was für Wirkungen werden nun durch diese Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt? Das gemeinsame Streben beider Teile geht danach, für die nämliche Leistung den nämlichen Lohn bei gleichen Arbeitsbedingungen zu erreichen. Das geschieht dadurch, daß man bei der Lohnfestsetzung die Löhne unter Berücksichtigung der Verschiedenheiten der Haushaltskosten normiert. Man sucht zunächst die Haushaltskosten für die einzelnen in Frage kommenden Orte so genau wie möglich zu ermitteln und setzt für den Ort mit dem tiefsten Standard einen Grundlohn fest, nach dem die Lohnsätze je nach dem Niveauunterschied der Haushaltskosten normiert werden. Damit erreicht man zwar nicht restlos eine genau gleiche Bezahlung der gleichen Leistung, aber man kommt diesem Ziel näher. Ist erst einmal mit dieser Lohnnormierung der Anfang gemacht, so wächst sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeiterorganisationen das Bestreben, den Kreis der Arbeitgeber und Arbeiter, die dem Tarifvertrage unterstehen, möglichst zu erweitern. Die Außenstehenden werden um so früher und rascher für die Organisationen gewonnen, je mehr es gelingt, die Vorteile der tarifarischen Regelung der Arbeitsbedingungen gegenüber der schrankenlosen Konkurrenz auf dem Arbeits- und Warenmarkt evident zu machen. Es wird sicherlich auch hier, so wenig wie bei den Kartellen und andern Organisationen, nicht ohne Kämpfe und ohne die Anwen-

dung eines gewissen Zwanges gehen, aber auch hier muß der Individualismus im Interesse der Gesamtheit der Arbeitgeber und Arbeiter bis zu einem gewissen Grade eingeschränkt werden.

Wenn nun aber so allmählich der Grundsatz des gleichen Lohnes für die gleiche Leistung durchgeführt und verallgemeinert wird, dann erreichen wir für den in Frage kommenden Beruf, daß die Verschiedenheiten in der Lohnhöhe nur noch aus dem Unterschiede der Haushaltskosten resultieren. Gehen wir aber weiter und denken uns, daß diese Tarifierung für verschiedene Berufe durchgeführt wird, so werden wir bald die Wahrnehmung machen, daß auch die Unterschiede in der Höhe der Haushaltskosten sich zu vermindern anfangen. Allerdings können sie von der Produzentenseite gesehen nur zu einem Teil zurückgehen. Denn die Unterschiede in den Haushaltskosten rühren zu einem andern Teil daher, daß die Waren nicht zu den Preisen an die Konsumenten verkauft werden, zu denen sie die Betriebe verlassen; sie erfahren vielmehr im Warenhandel bis hinunter zum Detaillisten noch Zuschläge, die wieder recht vielgestaltig sind und zu Unterschieden führen, die sich im letzten Preis, wie er von den Konsumenten bezahlt werden muß, äußern müssen. Diese Unterschiede zu vermindern und allmählich zu beseitigen, ist Aufgabe der Konsumentenorganisationen, über die wir noch besonders zu reden haben. Hier sollte nur der Weg zu dem Ziele eines Ausgleichs der Arbeitsbedingungen und eines solchen der Haushaltskosten gezeigt werden. Es braucht nicht erst hervorgehoben werden, daß diese ganze Entwicklung sich nicht so einfach vollzieht, wie sie in wenigen Strichen auf dem Papiere angedeutet werden kann. Allein schon die Forderung des gleichen Lohnes für die gleiche Leistung läßt sich nicht mechanisch gleich durchführen. Es werden Unterscheidungen gemacht werden müssen, die sich aus der Verschiedenheit der Natur der Arbeitskräfte und aus der Verschiedenheit in der Arbeitsweise, in den zu verarbeitenden Materialien usw. ergeben. Es handelt sich hier nur darum, grundsätzlich das Ziel und die Wege festzulegen, wie sie sich aus der Struktur der Wirtschaft ergeben.

Sind die hier vorgetragenen Anschauungen richtig, so haben die Organisationen der Arbeiter zunächst ein weites und ergiebiges Feld für

eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik vor sich. Und es kann dann nicht mehr gesagt werden, daß es sich gewissermaßen nur um Vorarbeiten zu einer größeren Umwälzung handle, sondern diese Tätigkeit schafft diese Umwälzungen mit der Zeit ganz von selbst. Die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Gewerkschaften ist damit Selbstzweck für die heutige Generation und Grundlage für eine weitere Aufwärtsentwicklung der künftigen Generationen. Daß bei dieser Entwicklung die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht schwinden, ist schon gesagt. Im Gegenteil, um die Höhe des Anteils am Produktionsertrage wird zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beim Abschlusse von Tarifverträgen stets und ständig, je nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten, immer heftig gekämpft werden müssen. Aber daß im Laufe dieser Entwicklung die Arbeiterorganisationen bei Ausnutzung aller Gelegenheiten kräftig wachsen müssen, daß dadurch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarke eine Einschränkung erfahren und die Haushaltskosten zunächst im Rahmen eines nationalen Wirtschaftsgebietes immer mehr ausgeglichen werden können, das dürfte nicht zu bestreiten sein. Auf diesem Wege gehen wir nicht nur dem Sozialismus entgegen, sondern wir verwirklichen ein Stück Sozialismus.

Freilich noch eine Frage muß in diesem Zusammenhange erörtert werden. Es läßt sich sehr wohl denken, daß die Arbeiter- und die Arbeitgeberorganisation eines Gewerbes sich durch den Tarifvertrag Vorteile auf Kosten sämtlicher andren Berufe bzw. auf Kosten der Konsumenten sichern wollten. In diesem Gewerbe würden also die Löhne und die Preise auf ein relativ allzu hohes Niveau hinaufgetrieben. Ein solcher Fall läßt sich sehr wohl denken, aber es würden auch die Gegenaktionen nicht ausbleiben. Trotzdem ist die Gefahr einer einseitigen Ausnutzung einer monopolartigen Stellung eines Gewerbes nicht zu unterschätzen. Wenn jeder einzelne Beruf bzw. jedes einzelne Gewerbe auf dem Wege des Tarifvertrages für sich das angeführte Ziel auf dem angegebenen Wege verfolgt, so erfährt die Lohnfestsetzung in jedem Gewerbe eine Regelung, die zunächst je nach den Stärkeverhältnissen der einzelnen Gewerbe im Rahmen der Gesamtwirtschaft vorgenommen wird und innerhalb des Gewerbes nach dem jeweiligen Stärkeverhältnis zwischen der Arbeitgeber- und der Ar-

beiterorganisation. Dadurch werden von vornherein Schwierigkeiten und Unterschiede in die Lohnbemessung hineingetragen, die für die schwächeren Gewerbe und Berufe nachteilig werden können. Ich habe schon oben auf die große Bedeutung der Bewertung der ungelerten Arbeit hingewiesen, die hier wiederum von ganz besonderem Gewichte ist. Denn höher qualifizierte Arbeitskraft vermag lange nicht den Lohn-  
druck im allgemeinen so stark auszuüben wie die Masse ungelerten Arbeiter. Kommen nun aber gewisse schwache Gewerbe mit vorwiegend ungelerten Arbeitskraft nicht vorwärts, bleiben dort die Löhne im Vergleich zu andern Gewerben zu niedrig, so entsteht eben über kurz oder lang wieder die Gefahr, daß sich ein Lohn-  
druck auf die schon etwas höher stehenden Gewerbe äußert, was bei Tarifabschlüssen die Arbeitgeberorganisationen alsbald ausnützen würden. So würden durch eine starke Vernachlässigung oder zu große Schwäche der Arbeiter in einzelnen Gewerben und Berufen die Erfolge der höherstehenden Schichten sehr bald bedroht sein, denn der Druck pflanzt sich in der Hauptsache von unten nach oben hinauf fort. Aus dieser Erkenntnis heraus werden die Zentralinstanzen der Gewerkschaften darauf bedacht sein müssen, daß die Bewertung der Ware Arbeitskraft eine gleichmäßige, systematische wird. Auch hier gilt es gewissermaßen eine Skala der Bewertung zu ermitteln, die von der ungelerten Arbeit ausgehend sich durch alle Stufen und Arten bis hinauf zur höchstqualifizierten erstreckt. Auch hier wird sich ergeben, daß unter Umständen ausgleichend eingegriffen werden muß, soll nicht die eine Schicht auf Kosten anderer bevorzugt oder benachteiligt werden. Die Meinung allerdings, daß die Arbeit überhaupt nicht mehr nach bestimmten Merkmalen unterschiedlich bewertet zu werden brauchte, teile ich nicht. Ich glaube auch kaum, daß sie heute noch in der Sozialdemokratie ernstlich geteilt wird. Eine verschiedene Bewertung wird die Arbeit immer, so lange die Menschen um die Güter zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse durch Arbeit kämpfen müssen, je nach ihrer Qualität und Differenziertheit, nach dem Grade der Anstrengung oder der Leistung, erfahren müssen. Es kann sich also nur darum handeln, daß auch die einfache, ungelerte Arbeit eine Bewertung findet, die ein menschenwürdiges Auskommen ermöglicht.

## Der Arbeiter als Verbraucher

Die Arbeitsmarktpolitik der Arbeiterorganisationen verfolgt das Ziel, eine steigende Bewertung der Arbeitskraft herbeizuführen. Aber, wie ich schon im letzten Abschnitte angedeutet habe, vermag die gewerkschaftliche Tätigkeit eine Höherbewertung nicht auch schon zu sichern, namentlich nicht dauernd zu sichern. Wenn z. B. bei einem Berufe die Arbeiter eine Lohnerhöhung durchgesetzt haben, so werden die Arbeitgeber gezwungen sein, unter Berücksichtigung der höheren Lohnsumme den Preis der Ware festzusetzen. Die Ware erfährt also eine Verteuerung, die letzten Endes von den Konsumenten getragen werden muß. Setzt sich eine allgemeine Lohnerhöhung durch, so wird schließlich in der Regel der Effekt sein, daß die Folgen der Erhöhung sich in entsprechend höheren Warenpreisen zeigen. Den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ist es nach ihrem ganzen Wesen und Charakter nicht möglich, ihren Einfluß über die Sphäre der Warenherstellung hinaus geltend zu machen. Die Lohnsteigerungen werden eben immer wieder abzuwälzen versucht, der Großhandel, die Stationen des Zwischenhandels und Kleinhandels tragen die Verteuerung durch die höheren Löhne nicht. Wenn die Arbeiter also nur Organisationen für die Bewertung ihrer Arbeitskraft in den Unternehmungen der Warenherstellung und Verteilung hätten, so würden sie zwar eine nominelle Höherbewertung ihrer Arbeitskraft erzielen können, aber das würde ihnen wenig nützen, wenn die Preise für Waren und Dienste die gleiche Aufwärtsbewegung erfahren hätten oder in kurzer Zeit erfahren würden. Sie würden eben in ihrer Eigenschaft als Konsumenten für die zu beschaffenden Waren mehr ausgeben müssen als bisher, ihre wirtschaftliche Lage würde sich generell und dauernd nicht verbessern.

Aus diesem Grunde ist eine Organisation der Arbeiter als Verkäufer ihrer Arbeitskraft nur eine halbe Sache. Sie täuscht unter Umständen Erfolge vor, die streng gesehen gar keine sind. Der Arbeiter hat zwar ein höheres Einkommen, aber er lebt nicht besser als bisher. Die gewerkschaftliche Organisation bedarf also notwendig einer Ergänzung. Der Arbeiter tritt zweimal mit den anderen Wirtschaften in

Tauschverkehr, einmal als Verkäufer seiner Arbeitskraft, das zweite Mal als Käufer von Waren. In beiden Fällen kann er gewinnen oder verlieren. Er kann aber beim ersten Akt gewinnen und beim zweiten wieder alles verlieren. Es ist durchaus nicht richtig, wenn man glaubt, daß der Arbeiter nur in seiner Eigenschaft als Produzent im landläufigen Sinne sich benachteiligen lasse und nicht als Verbraucher. Nein, in beiden Eigenschaften kann er und wird er übervorteilt, solange er schwach und isoliert ist. Im Einkauf von Ware ist er allein genau so schwach wie beim Verkauf seiner Arbeitskraft, und auch hier liegt für ihn die Möglichkeit, seine Position zu stärken, nur im Zusammenschluß. Wer das Wesen des heutigen Tauschverkehrs näher durchdenkt, der kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß eine wirkliche, nicht bloß nominelle Höherbewertung der Arbeitskraft nur dann allgemein zu erreichen ist, wenn die Arbeiter sich nicht bloß als Schaffende, sondern auch als Verbraucher zusammenschließen. Beide Organisationen ergänzen sich gegenseitig, eine ohne die andere führt nicht zum Ziel einer wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterbevölkerung. Aber beide nebeneinander bilden die Hebel, die benutzt werden können, damit die Bewertung der Arbeitskraft nach aufwärts gehen muß. Es sind aber auch unter den nun einmal gegebenen Verhältnissen die einzigen wirklich brauchbaren Mittel, die wirtschaftliche Lage der breiten Masse der Bevölkerung unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten stetig und dauernd zu verbessern. Alle andern vorgeschlagenen Mittel sind entweder problematischer Natur oder ganz und gar utopisch. Namentlich sind alle Kapitalmittel durchaus zu verwerfen. Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen suchen im Rahmen der Warenherstellung dem Verkäufer der Arbeitskraft eine günstige Position zu schaffen, die Konsumentenorganisation ist bestrebt, auf dem Gebiete der Warenverteilung dem Einkäufer die besten und zugleich billigsten Waren zu verschaffen. Aus dieser doppelten Tätigkeit resultiert aber, namentlich mit zunehmender Stärke dieser Organisationen, ohne weiteres die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, die Höherbewertung der menschlichen Arbeit überhaupt. Denn beide Organisationen wenden sich im Endeffekt gegen die Vormachtstellung des Kapitals, gegen die Ausnützung der schwachen und schwächsten Existenzen der menschlichen

Gesellschaft durch die starken und stärksten Unternehmungen und Privatwirtschaften.

Aufgabe und Zweck der Organisation der Konsumenten ist, einem großen Kreis von Privatwirtschaften, die man als festen Stamm durch die Mitgliedschaft sich gesichert hat, die im Privathaushalt erforderlichen Waren so preiswert wie möglich zu verkaufen. Das läßt sich natürlich nur dann ermöglichen, wenn der Zusammenschluß der Konsumenten stark ist, wenn die Arbeiter die Notwendigkeit des Nutzens dieser Organisation erkannt haben. Solange die Zahl der organisierten Konsumenten relativ noch klein ist, so lange sind diese Organisationen noch nicht imstande, durch Ausschaltung des Klein- und Zwischenhandels sowie weiterhin noch des Großhandels den Arbeitern alle jene Vorteile zu bieten, die sich aus einer geschlossenen Organisation der Arbeiterwirtschaften als Konsumenten ergeben müssen. Und doch sind diese Vorteile im Prinzip ganz gewaltig. Die Verteuerung der Ware von dem Augenblick an, wo sie die Warenherstellung verläßt, ist bis hinunter zum Konsumenten recht erheblich. Der Aufschlag, den die Ware auf dem Gebiete der Warenverteilung zu tragen bekommt, ist entweder Arbeitslohn oder Kapitalgewinn. Soweit er Arbeitslohn ist, kann auch die Konsumentenorganisation ihn der Hauptsache nach nicht verhindern; soweit es sich aber um Kapitalgewinn handelt, vermag die Organisation der Konsumenten ganz erhebliche Summen zu sparen. Wenn selbstverständlich auch die Konsumentenorganisation mit Kapital arbeiten und es verzinsen muß, wie es nach der jeweiligen Lage des Geldmarktes notwendig und üblich ist, so fallen bei ihr doch nicht nur besondere und außergewöhnliche Konjunkturgewinne weg, sondern auch der ganze Gewinn, der durch unnötige und darum unwirtschaftliche Zwischenhandelsstationen verursacht wird. Die Gewinne des Handels sind eben bis zu einem gewissen Grade Spekulationsgewinn. Das ist kein Vorwurf, sondern ergibt sich aus der Natur des Handels. Er hat keinen festen Kundenkreis, ist fortgesetzt von der Konkurrenz bedroht, arbeitet unter dem Einfluß zahlreicher unsicherer Faktoren. Ganz besonders fehlt ihm der sichere Kundenkreis, auf den er sich fest verlassen könnte. Der Handel würde sich ganz anders entwickelt haben, wenn ein solcher fester Ausgangspunkt für ihn stets vorhanden gewesen

wäre. Infolge dieses Mangels hatte er ein großes Risiko zu laufen, und diesem Risiko entsprechend mußte er auf raschen und großen Gewinn hinarbeiten. Privatwirtschaftlich ist dies durchaus zu verstehen. Aber bei dieser Entwicklung sind die Konsumenten in eine äußerst abhängige und schwache Stellung geraten. Ihnen werden die Preise von den Verkäufern einseitig fast aufgezwungen. Das macht sich natürlich für die Schichten der schwachen Privatwirtschaften besonders nachteilig bemerkbar.

Wenn diese daher erkennen, daß sie durch die Schaffung eines festen Absatzpreises für bestimmte Waren ihre Stellung als Käufer von Waren ganz beträchtlich verbessern können, so ist das für sie ein ganz bedeutender Fortschritt. Und auch hier kann gar nicht genug für die Aufklärung der Arbeiter geschehen. Der Arbeiter muß lernen, wie er richtig private Wirtschaftspolitik zu treiben hat. Man muß ihm seine Ohnmacht in der Isolation zeigen, nicht nur soweit er Schaffender ist, sondern auch, soweit er als Konsument auftritt. Die Einkommensbeschaffung ist sehr wichtig für den Arbeiter, aber ebenso wichtig ist die Ausgabenwirtschaft, die Art und Weise, wie er seine Einnahmen wirtschaftlich verwertet. Ich glaube, man hat die private Wirtschaftslehre bis heute allzusehr vernachlässigt, und es wird den Konsumvereinen vorbehalten bleiben, ihre Mitglieder, besonders die Frauen, mit den Elementen der Haushaltsführung vertraut zu machen. Alle andern Bildungsbestrebungen in Ehren, aber vor aller andern Bildung steht die auf wirtschaftlichem Gebiete, weil sie allein dem Arbeiter und der Arbeiterin den richtigen Weg weist, wie sie ihre Existenz einzurichten haben, und wie sie vor allem vorwärtskommen können. Wissen sie erst, an welchem Plage sie im wirtschaftlichen Kampfe stehen, was sie erreichen können und wie sie es erreichen können, dann sind sie fürs Leben weit besser ausgerüstet, als wenn ihnen andere Bildungselemente beigebracht werden, die ohne die wirtschaftliche Vorbildung doch wertlos bleiben müssen. Solange die Schule diese Aufklärung nicht besorgt, liegt es im eigenen Interesse der wirtschaftlichen Organisationen, hier einzugreifen und jenes Wissen anzubieten, ohne das die Arbeiter sich im Kampf ums Dasein nicht zurechtfinden können.

Die Organisation der Konsumenten schafft für eine ganze Reihe von Waren, die im Arbeiterhaushalt eine Rolle spielen, ein bestimmtes,

genau zu übersehendes Absatzgebiet. Da der Konsum der heutigen Arbeiterschaft nun aber von ganz gewaltiger Bedeutung ist, so gewinnen die Arbeiter durch ihre Konsumentenorganisationen schon auf einen weiten Ausschnitt des Warenmarktes mit der Zeit einen starken preisbildenden Einfluß. Heute sehen wir dies alles erst in den Anfängen. Die Konsumvereine entfalten zwar auch schon auf den einzelnen örtlichen Märkten eine für die Arbeiter überaus vorteilhafte Tätigkeit und wirken schon preisregulierend auf den ganzen Kreis der Detailgeschäfte. Aber das sind eben noch zunächst die ersten leisen Wirkungen von dem mit der Zunahme der Organisation wachsenden Einfluß auf die Preisbildung am Warenmarkt. Je größer der Kreis der organisierten Konsumenten ist, desto größer ist der Bedarf an bestimmten Waren, mit desto größerem Gewicht treten die Organe der Konsumvereine, die den Einkauf der Waren auf dem freien Markte zu besorgen haben, als Einkäufer auf, und es ist gar keine Frage, daß sie alle Stationen des freien Handels mit der Zeit ausschalten, daß sie bis heran an die Warenherstellung gelangen und von ihr direkt die Waren übernehmen. Sie schalten also für den Kreis ihrer Mitglieder den auf privaten Erwerb gestellten Handel allmählich aus und zwar zum Vorteil der vereinigten Konsumenten. Aus dem Warenhandel wird eine geregelte Warenverteilung, und es tritt eine Organisation an die Stelle des privaten Handels, die wir im Gegensatz zu der jetzigen Ausbildung des individualistischen liberalen Handels ruhig als sozialistisch bezeichnen könnten. Damit soll nur nicht gesagt werden, daß der private Handel von heute verschwinden wird. Neben den organisierten Konsumenten werden noch breite Schichten unorganisierter Konsumenten übrigbleiben, die auf lange Zeit hinaus dem Handelsgewerbe einen Spielraum für seine Betätigung bieten. Man muß eben nicht gleich jede Erscheinung auf wirtschaftlichem Gebiete ganz extrem zu verallgemeinern suchen. Der private Handel wird zurückgedrängt werden, soweit er heute auf der Versorgung der Arbeiterwirtschaften mit Verbrauchsgütern basiert. Diese Versorgung wird von den Konsumentenorganisationen übernommen werden. Das übrige, noch ziemlich breite Gebiet der Warenverteilung bleibt auch weiterhin dem privaten Handelsgewerbe überlassen. Geregelt, verbilligt und verbessert

wird die Zuführung der Verbrauchswaren an die Arbeiterwirtschaften, an die Privatwirtschaften mit kleinem und bescheidenem Einkommen.

Es wird aber nicht nur die Zuführung verbessert, sondern — das muß hier noch hervorgehoben werden — auch die Beschaffenheit der Ware selbst. Und das ist ein eminentes Vorteil für die als Konsumenten organisierten Privatwirtschaften. Diese sind heute, wenn sie nicht in Konsumvereinen kaufen, nicht in der Lage, eine Ware auf ihre Qualität zu prüfen. Was heute aber an Qualitätsverschlechterung, an Verfälschungen geleistet wird, das ist möglich, weil man weiß, daß die Masse der kleinen Konsumenten nur auf Billigkeit sieht und zu jeder Kontrolle der Ware unfähig ist. Die Konsumvereine müssen dagegen aus guten Gründen ihre Mitglieder mit einwandfreier Ware versehen und verzichten unter Umständen eher auf die Billigkeit als auf eine einwandfreie Qualität der Ware. Denn gerade auf dem Gebiet des Konsums zeigt das Prinzip der absoluten Billigkeit seine ganze trügerische Seite. Billig ist ein relativer Begriff, mit dem der größte Mißbrauch getrieben wird. Es ist nicht richtig, zu verlangen, daß eine Ware billig sei, wenn sie billig nur auf Kosten des Arbeitslohns oder auf Kosten der Qualität hergestellt wird. Die Konsumvereine dürfen und können solche billige Ware einfach nicht führen.

Ich bin bis jetzt absichtlich nicht auf die Möglichkeit eingegangen, die sich den Konsumvereinen bietet, auf Grund eines bestimmten Absatzes zur Herstellung von Waren überzugehen. Ich sehe hier theoretisch manche Schwierigkeiten, die freilich bei einem geschickten Hand-in-handarbeiten mit den gewerkschaftlichen Organisationen beseitigt werden können. Vor allem ist die Eigenproduktion in der Bäckerei schon mit Erfolg durchgeführt, während die Voraussetzungen für den Schlächtereibetrieb weniger günstig liegen. Immerhin glaube ich, daß es sich nur um einen kleinen Teil der Warenherstellung handeln kann, zu dem die Eigenproduktion übergehen wird. Daß von ihr aus die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung in ihrer Gesamtheit gehoben werden würde, ist nicht anzunehmen. Doch spielt die ganze Frage an dieser Stelle keine solche Rolle, um sie erschöpfend zu behandeln. Die Konsumvereine sind ja noch selbst auf dem Gebiete der Warenherstellung äußerst vorsichtig und laden kein Risiko auf sich, das sie in

Kollisionen entweder mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter oder mit ihren eigenen Mitgliedern verwickeln könnte. Da es sich um keine Zwangsorganisationen handelt, so müssen die Konsumvereine ständig so geleitet werden, daß ihr wirtschaftlicher Nutzen für die Mitglieder jederzeit evident ist. Denn eine gegenteilige Entwicklung würde nicht nur die Anziehungskraft auf die noch fernstehenden Arbeiterwirtschaften abschwächen, sondern auch den erreichten Mitgliederstand bedrohen. Ganz ohne Reibungen wird es ja zwar zwischen den beiden wirtschaftlichen Organisationen nicht abgehen, aber um so mehr muß man darauf bedacht sein, die Reibungsflächen so klein wie möglich zu erhalten, was um so leichter möglich ist, je mehr sich die Konsumentenorganisationen auf den Warenvertrieb und auf den Wareneinkauf im großen beschränken.

Im vorigen Abschnitt haben wir ausgeführt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter allein nicht in der Lage sind, die Produktionsbedingungen so auszugleichen, wie es vom Standpunkte der Arbeitsmarktpolitik aus wünschenswert wäre. Verschiedenheit der Haushaltskosten in den einzelnen örtlichen Marktgebieten stehen diesem Ausgleich in hohem Maße im Wege. Nun, was die Organisation der Arbeiter als Schaffender nicht vermag, das gelingt den Konsumentenorganisationen, freilich auch nicht reiflos, aber doch in hohem Maße. Die Organisation der Konsumenten in großem Stile bringt es zuwege, daß die örtlichen Preisunterschiede der Waren, die im Haushalte des Arbeiters eine Rolle spielen, zum Verschwinden gebracht werden. Freilich liefern die Konsumvereine nur erst einen Teil der Waren, die für den Arbeiterhaushalt notwendig sind. Mancher wichtige Artikel werden immer noch dem freien Verkehr entnommen. Aber sind erst die Konsumenten noch besser und namentlich noch zahlreicher organisiert, als es heute der Fall ist, so wächst doch auch der Einfluß auf den freien Handel, soweit die organisierten Konsumenten auf ihn angewiesen sind. Jedenfalls ist die Macht der Konsumenten bis herunter zu den kleinsten Orten in der Lage, zu scharfen Preisdifferenzen im Vergleich zu anderen Orten erfolgreich entgegenzutreten. Ganz besonders wichtig in diesem Zusammenhange ist auch die Stellungnahme der organisierten Konsumenten der Gestaltung der Mietpreise gegenüber. Spielt doch die Höhe dieser für die Verschiedenheit der Haushalts-

kosten eine nicht unwichtige Rolle. Daß die Konsumvereine auch hier in der Lage sind, Einfluß zu gewinnen, das zeigen schon bisher einige Versuche in der Geschichte der Konsumvereinsbewegung, aber sie zeigen auch, daß mit großer Vorsicht vorgegangen werden muß, und daß auf wirtschaftlichem Gebiete ein langsamer allmählicher Fortschritt die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschichten viel sicherer gewährleistet als der Glaube an eine plötzliche Lösung aus allen Übeln der Gegenwart.

Während man den Wert der gewerkschaftlichen Tätigkeit für die Arbeiterwelt kaum mehr unterschätzt, will es mir scheinen, als ob die Bewertung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation in ihrer Bedeutung für die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterwelt noch nicht in gleichem Maße gewürdigt werde wie die gewerkschaftliche Organisation. Nach den vorstehenden Ausführungen aber muß betont werden, daß beide im Range durchaus gleichstehen, die eine auf die andre angewiesen ist, wollen die Arbeiter in ihrer Gesamtheit vorwärtskommen. Jede der beiden Organisationen repräsentiert eine Seite der Privatwirtschaft des Arbeiters. Soweit es sich um Einkommensbeschaffung handelt, tritt der Arbeiter als Verkäufer auf den Markt. Im Prozeß der Warenherstellung und Warenverteilung verrichtet er Arbeit und empfängt dafür Lohn. Auf das Maß der Arbeit und auf die Höhe des Lohns sucht die gewerkschaftliche Organisation bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Als Konsument tritt der Arbeiter als Käufer auf; hier steht er isoliert gerade so schwach seinen Kontrahenten gegenüber wie als Verkäufer auf dem Arbeitsmarkt. Hier macht die isolierten Privatwirtschaften die Konsumentenorganisation kräftig und verhilft ihnen zu günstigem Einkauf. Die Lohnerhöhung an sich hat für den Verkäufer der Ware Arbeit keinen Wert, wenn er als Käufer der Ware nicht mehr Waren kaufen kann als bisher. Nur wenn ihm der höhere Lohn auch gesichert wird, führt er zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Diese Sicherung der Lohnerhöhung kann aber generell und dauernd nur durch die Macht der vereinigten Konsumenten erreicht werden, während die Höherbewertung der Arbeitskraft durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisation herbeigeführt wird. Also nur aus dem Zusammenwirken der beiden Faktoren ergibt sich die Aufwärtsentwicklung der Arbeitermassen.

## Staat und Politik

Wenn die Hauptmittel zur Höherbewertung der Arbeitskraft auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen sind, so ist es klar, daß der Satz des sozialdemokratischen Programms, wonach der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendigerweise ein politischer Kampf sei, mißverständlich ist. So wichtig und so notwendig der politische Kampf für die Arbeiter auch sein mag, er ist nur wirksam im Anschluß und in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Kampf. Ja, er ist zum Teil nur wirtschaftlicher Kampf auf einer gewissen Stufe der Entwicklung, der aber nie den eigentlichen wirtschaftlichen Kampf ersetzt, sondern ihn vielmehr zur ständigen Voraussetzung hat. Der oft ausgesprochene Gedanke, daß das Hauptziel der Arbeiter auf die Erringung der politischen Macht gerichtet sein müßte, ist deswegen Irrtum erregend, weil dabei die wirtschaftlichen Mittel zum Vorwärtskommen unterschätzt werden. Solange die Arbeiter ihre wirtschaftliche Position nicht gekräftigt haben, solange nicht die wirtschaftlichen Grundlagen für den politischen Einfluß gesichert sind, so lange ist an eine Eroberung der politischen Macht nicht zu denken. Heute kann man vielfach die Meinung antreffen, als ob eine wirkliche Besserung des Arbeiterlozes erst eintreten könne, wenn das Proletariat die politische Macht besitze. Dann nütze man diese politische Macht für die Arbeiterschaft aus und die Hebung der Arbeiterklasse trete ohne weiteres ein. So liegen die Dinge ganz und gar nicht. Im Gegenteil, die Arbeiter müssen im Schoße der heutigen Gesellschaft sich wirtschaftlich regen und betätigen, mit jedem Schritt vorwärts verbessern sie ihre wirtschaftliche Position und steigern gleichzeitig ihren politischen Einfluß. Ohne den Rückhalt der immer stärker werdenden wirtschaftlichen Position kann ihr politischer Einfluß in Wirklichkeit nicht zunehmen. Es ist dies ein sehr wichtiger Punkt, über den man volle Klarheit erzielen sollte. Selbstverständlich vermögen politische Machtmittel sehr viel, aber etwaige Erfolge sind auf die Dauer nicht haltbar, wenn die Schichte, die sich im Besitz dieser Machtmittel befindet, nicht den wirtschaftlichen Einfluß besitzt, der nötig ist, um die politische Macht an sich zu fesseln.

Wohl kommt es vor, daß Schichten vorzeitig in den Besitz der politischen Macht gelangen, dann ist es aber sicher, daß sie über kurz oder lang wieder um ihre politische Macht gebracht werden; es ist auch möglich, ja es läßt sich häufig beobachten, daß Schichten, die auf Grund ihres wirtschaftlichen Einflusses zur politischen Macht gelangt sind, diese sich auf alle mögliche Weise zu sichern wissen und sie noch längere Zeit, nachdem ihr wirtschaftlicher Einfluß schon im Sinken ist, sich zu erhalten wissen. Aber die Tatsache, daß allein aus der wirtschaftlichen Macht die Stärke des politischen Einflusses sich ableitet, wird dadurch nicht ertütert, sondern nur modifiziert.

Die Partei der Arbeiter hat selbstverständlich Arbeiterpolitik, nicht Staatspolitik zu treiben, aber je mächtiger die Partei der Arbeiter wird, desto mehr wird sie doch auch Rücksicht darauf zu nehmen haben, daß für die staatliche Organisation gewisse Notwendigkeiten vorliegen, ohne die der Bestand des Staates bedroht ist. Der Staat kann nicht abgeschafft werden, das hat schon Engels energisch hervorgehoben, und er hat sich dabei über die Phrase des Volksstaates ziemlich von oben herab geäußert. Nach ihm stirbt der Staat allmählich ab, indem eine Zwangsgewalt überflüssig wird. Vorläufig ist indes der wirtschaftliche Kampf auf der Erde noch so stark, daß an ein Absterben des Staates noch lange nicht zu denken ist. Das schöne Streben nach Frieden zwischen den einzelnen Menschen und zwischen den Völkern scheitert an der Tatsache der wirtschaftlichen Gegensätze und an dem Egoismus der Menschen. In dieser Beziehung stellt sich ja wenigstens das sozialdemokratische Programm nicht auf den Standpunkt, daß der Staat wehrlos gemacht werden soll. Vielmehr fordert in dieser Beziehung das Programm:

„Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiebsgerichtlichem Wege.“

Dem ersten Punkte wird man durchaus zustimmen können, aber darüber, wie die allgemeine Wehrhaftigkeit am besten zu erreichen ist, darüber gehen die Ansichten recht weit auseinander. Die Forderung, daß an Stelle der stehenden Heere eine Volkswehr treten solle, besagt doch genau gesehen recht wenig, oder soll durch die Bezeichnung Volks-

mehr wieder der Begriff Volksstaat in den Vordergrund gerückt werden? Ebenso unangebracht erscheint mir die Forderung, daß über Krieg und Frieden die Volksvertretung entscheiden solle. Die Aufgabe des Kampfbegins ist eine so delikate Sache, daß bei aller demokratischen Ausgestaltung der staatlichen Verfassung und Verwaltung es doch höchst bedenklich wäre, den Apparat des Parlaments erst in Bewegung zu setzen, wodurch doch nur allein der Gegner den Vorteil hätte und einen Vorsprung gewänne. Da das Parlament das Geld für die Kriegführung zu bewilligen hat, so liegt darin schon eine gewisse Gewähr, daß eine konstitutionelle Regierung keinen Krieg ohne Übereinstimmung mit dem Parlament führen wird. Ich gebe zu, daß die Arbeiterschaft nicht, ohne selbst zur Sache Stellung nehmen zu können, in den Krieg geschickt werden will. Denn schließlich treten die Arbeiter mit Leib und Leben für das Vaterland ein. Aber die Dinge liegen doch so: entweder haben die Arbeiter durch ihren wirtschaftlichen Einfluß so viel politische Macht errungen, daß die staatliche Politik ihren Willen respektieren muß, dann wird kein Staatsoberhaupt gegen den klaren Willen der Arbeiterschaft einen Krieg beginnen, oder die Arbeiter haben diesen starken politischen Einfluß noch nicht, dann nützen eben auch formale Rechte nichts, dann würde eben im Parlament die Entscheidung gegen die Arbeiterpartei erfolgen.

Ich sage also, daß nach dem sozialdemokratischen Programm der Staat wehrhaft erhalten werden soll, allerdings nach dem ganzen Wortlaut nicht der heutige Staat, sondern erst der Volksstaat. Und aus dieser Fassung scheint sich mir nun auch die absolut ablehnende Stellungnahme der Sozialdemokratie gegen Militär- und Marinevorlagen zu resultieren. Diese ablehnende Stellungnahme ist bei einer ausgesprochenen Oppositionspartei, wie es die Arbeiterpartei ist, so lange nicht zu tadeln, als diese Partei durchblicken läßt, ihre Ablehnung resultiere nicht aus einer Verkennung der Staatsnotwendigkeiten, sondern aus der Erwägung, daß die von der fraglichen Partei vertretenen Bevölkerungsschichten politisch noch nicht vollberechtigt sind. Solange der Staat die Arbeiter in den politischen Rechten zurücksetzt, solange er deutlich zu erkennen gibt, daß man die Arbeiter mit ihrem politischen Einfluß noch nicht braucht, so lange wird eine Partei,

die auf Selbstachtung hält, auch Staatsnotwendigkeiten gegenüber sich ablehnend verhalten müssen. Der steigende politische Einfluß der Arbeiterpartei, der aus der zunehmenden wirtschaftlichen Macht sich ergibt, wird von selbst dazu führen, daß man mit der Arbeiterpartei als einem Faktor rechnen muß, den man nicht länger von oben herab behandeln darf.

Weit wichtiger indes als diese taktische Frage scheint mir das Problem zu sein, wie die Völker überhaupt aus den zu unerträglicher Höhe steigenden Militär- und Marineausgaben herauskommen werden. Unter gar keinen Umständen durch internationale Schiedsgerichte. Diese mögen nützlich sein, aber in Lebensfragen werden sich Völker so wenig von Schiedsprüchen bestimmen lassen wie einzelne Personen oder Organisationen. Die Entwicklung der Geschichte zeigt, daß nur im Rahmen einer staatlichen Organisation die Anwendung der ultima ratio ausgeschaltet werden kann. Die staatliche Gewalt, die den einzelnen Individuen gegenüber überlegen ist, sichert den Verkehr ohne Gewaltanwendung der einzelnen. Die Rechtsprechung hilft mit, diese Errungenschaft dauernd zu machen, wobei freilich unter friedlichem Verkehr nicht ein kampfloser Verkehr, sondern nur ein solcher ohne Anwendung von körperlicher Gewalt zu verstehen ist. Mit der Erweiterung der nationalen Gebiete wurde auch der Kreis der Menschen immer größer, die sich eines solchen friedlichen Verkehrs zu erfreuen haben. Es bildeten sich starke nationale Staatswesen, innerhalb deren der friedliche Verkehr sich in der Hauptsache durchsetzte, während nach außen im Verkehr mit den andern Staaten die Gefahr des Krieges eine fortgesetzte Wehrhaftigkeit notwendig machte. Die in diesem Sinne friedliche Entwicklung kann also nur dann größere Gebiete umfassen, wenn die nationalen Gebiete sich zu größeren Einheiten zusammenschließen, was sie freilich nur unter dem Zwang der Verhältnisse tun. Wie die Entwicklung sich fernerhin gestalten wird, ist natürlich nicht vorherzusehen, aber darüber sollte man sich klar sein, daß an den wirtschaftlichen Interessengegenständen eine friedliche Entwicklung so lange scheitern muß, solange nicht eine noch stärkere Macht die friedliche Lösung eines Konfliktes erzwingen kann. Gewiß wäre es ein Fortschritt, wenn die westeuropäischen Länder die wirtschaftlichen und politischen Gegen-

sätze, die zwischen ihnen bestehen, überwinden und nach außen eine geschlossene Einheit bilden könnten. Damit würde eine starke Entlastung von Militär- und Marineausgaben erzielt. Aber dieser ganze schöne Plan ist doch so lange utopisch, als nicht diese Einigung der in Frage kommenden Länder von außen her, durch die steigende Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufgezwungen wird. Und selbst dann ist noch fraglich, ob eine solche Einigung sich glatt und ohne ernsthafte Konflikte vollziehen wird, so wünschenswert auch die friedliche Entwicklung ist. Das alles hängt von Faktoren ab, die wir heute noch nicht übersehen können.

Heute kann Deutschland nicht zugemutet werden, seine Rüstung dem Auslande gegenüber zu schwächen oder gar abzulegen, im Gegenteil es muß, wenn es sich nicht preisgeben will, seine Waffen scharf halten, so schwer es auch an dieser Rüstung zu tragen hat. Dazu braucht allerdings die Arbeiterpartei nicht Ja und Amen zu sagen, solange man sie keine politische Verantwortung tragen läßt. Hat sie diese aber zu tragen, so ist gar nicht zweifelhaft, daß sie genau so um die Wehrhaftigkeit des Staates besorgt wäre wie die heutigen bürgerlichen Parteien. Sie würde sich zwar bemühen, auf einen friedlichen Zustand im Verkehr mit den anderen Staaten hinzuwirken, aber sie würde nicht in blindem Vertrauen abrüsten, solange sie mit der Eventualität zu rechnen hätte, daß dieses Entgegenkommen ihr unter Umständen ihre politische Autorität im Rate der Völker, ja sogar ihre politische Selbständigkeit kosten könnte.

Daß die Arbeiterpartei bestrebt sein muß, die Lasten für Heeres- und Marineausgaben auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, ist so selbstverständlich, daß darüber gar nicht weiter gesprochen zu werden braucht. Die Wichtigkeit der Besteuerung durch Staat und Gemeinde vom sozialistischen Standpunkte aus wird im nächsten Abschnitt noch besonders hervorgehoben werden.

Hieran anschließend soll die internationale Betätigung der Arbeiter erörtert werden, die durchaus notwendig, ihnen von ihren wirtschaftlichen Gegnern direkt aufgezwungen wird. Im Programm der Partei heißt es darüber:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Pro-

duktion für den Weltmarkt wie die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis sieht und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder."

Man hat der modernen Arbeiterbewegung schon häufig einen Vorwurf aus ihrer international gerichteten Tendenz zu machen versucht, aber nichts ist verkehrter als ein solcher Vorwurf. Die Internationalität ist zwar schon häufig falsch verstanden und falsch betätigt worden, aber das schließt nicht aus, daß der internationale Sinn vorhanden sein muß. Er wird den Arbeitern von der Entwicklung des Kapitals direkt aufgezwungen. An sich ist der Arbeiter weit weniger international gerichtet als der Kapitalist. Das Kapital ist international ungemein viel freizügiger als der Arbeiter, der doch genau genommen an die Produktionsstätten seines Heimatlandes gebunden ist. Es können wohl Hunderttausende von Arbeitern auswandern, aber das Gros der Arbeiterbevölkerung ist mit Gedeih und Verderb auf das Land angewiesen, wo es geboren ist. Entweder gelingt es den Arbeitern, im eigenen Vaterlande ihr Los zu verbessern, oder sie müssen entzogen. Das Ausland ist für sie als Masse nicht erreichbar. Ganz anders ist es mit dem Kapital. Das ist freizügig von Land zu Land. Zwar sind glücklicherweise die als Kapital gewerteten Güter, Grund und Boden, Gebäude usw. nicht von Land zu Land zu transportieren, aber ausländisches Kapital kann diese Güter durch Geld und Gelbeswert erwerben, deutsches Kapital kann im Auslande das nämliche tun und tut es. Die Organisation für den internationalen Geld- und Kapitalverkehr ist so ausgebildet, daß allein schon daraus auf die starke Entwicklung dieses Verkehrs geschlossen werden kann. Die Tatsache dieser Internationalität des Kapitals wird kaum bestritten werden können. Aber man geht den Folgerungen aus ihr nur zu gern aus dem Wege. Die Verwertung des Kapitals ist unter sonst gleichen Bedingungen dort am günstigsten, wo die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft am niedrigsten sind und der natürliche Reichtum am größten ist. Die Verwertungsmöglichkeit bestimmt daher in hohem Grade die Kapitalwanderungen. Man wird es dem einzelnen Kapitalisten unter den heutigen Umständen nicht ver-

bieten können und wollen, mit seinem Kapital dorthin zu gehen, wo er glaubt, es am besten verwerten zu können. Man wird das zurzeit schon deshalb nicht verbieten, weil man es gar nicht könnte.

Aber wenn dieser internationale Zug des Kapitals zugestanden wird, dann darf man auch die Wirkungen dieses Umstandes auf den Arbeitsmarkt nicht übersehen. Die Differenzierung der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft in den verschiedenen Ländern bedingt überaus starke Unterschiede in der Höhe der Löhne und gibt dem Kapital immer wieder neue Möglichkeiten, diese Differenzierungen zu seinen Gunsten auszunützen. Dies schädigt den Arbeitsmarkt mit einem höheren Lohnniveau auf verschiedene Weise. Die Kapitalabwanderung macht das Kapital im Inland knapper und begünstigt ein Ansteigen der Leiharate für Kapital, worunter das Lohnniveau zu leiden hat. Außerdem aber wird im Auslande unter Umständen eine Konkurrenz großgezogen, die für die Arbeiter des Landes, aus dem Kapitalien abfließen, sofort oder späterhin zu einem Lohndruck führen muß, falls keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Schon heute ist die Differenzierung des Lohnniveaus von aktuellster Bedeutung, z. B. für die Arbeiter im Schiffahrtsgewerbe, wo nur starke Arbeiterorganisationen der verschiedenen in Frage kommenden Länder einen Druck auf das Lohnniveau verhindern können. Der einzelne Arbeitgeber ist dazu im allgemeinen nicht imstande, weil er nicht nach seinem persönlichen guten Willen, sondern nach den ihm aufgezwungenen Konkurrenzverhältnissen wirtschaften muß.

Die Arbeiter müssen also das größte Interesse daran haben, daß die internationalen Unterschiede in den Reproduktionskosten der Arbeitskraft im Rahmen der gegebenen Verhältnisse nach Möglichkeit vermindert werden. Bis zu einem Ausgleich ist freilich — darüber darf kein Zweifel gelassen werden — noch ein langer Weg, und der Weg zu diesem Ziel muß im Rahmen der staatlichen Organisationen verfolgt werden.

Über die Staatsform selbst bejagt das sozialdemokratische Programm nichts, aber schon aus dem Namen der Partei geht zur Genüge hervor, daß der Volksstaat, die Demokratie, erstrebt wird. Die Bekämpfung der Monarchie spielt daher in der politischen Praxis der

Sozialdemokratie eine große Rolle. Hier frage ich mich, ob diese Bekämpfung vom Standpunkt der Arbeiterinteressen in der Tat die Bedeutung hat, die ihr beigelegt wird. Historisch ist die vielfach herrschende Erbitterung sehr wohl zu verstehen. Man hat für die Attentate auf Kaiser Wilhelm I. die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht, man hat die Sozialdemokratie unter ein verbitterndes Ausnahmegesetz gestellt, man behandelt heute noch die Anhänger der Sozialdemokratie als Staatsbürger minderen Rechts, indem man die Gesetze, wo irgend möglich, nicht ohne Ansehen der Person, sondern unter Berücksichtigung der politischen Gesinnung und Betätigung zum Nachteil der Sozialdemokratie auslegt. Auch der jetzige Kaiser hat durch seine charakteristischen Angriffe gegen die Sozialdemokratie nicht dazu beigetragen, daß die Erbitterung gegen die Monarchie nachlassen konnte. Aber all das kann mich nicht davon überzeugen, daß die prononcierte Stellung gegen die Monarchie und insbesondere gegen den Monarchen richtig sei.

Daß die Anteilnahme der Massen an der Politik ein Fortschritt ist, wer wollte das leugnen? Daß der Drang nach demokratischer Ausgestaltung des staatlichen Körpers nicht nur nicht aufzuhalten, sondern zu begrüßen ist, darüber wird jeder seine Freude empfinden, der das Volk in seiner Gesamtheit kulturell heben will. Aber wir müssen von unten herauf anfangen. Wir müssen uns bewußt bleiben, daß die Umfremdung der Organisations Spitze nicht den geringsten Wert hat, solange nicht der Unterbau so ausgestaltet ist, daß auch wirklich die Masse der Menschen ihre politischen Rechte selbständig und unabhängig geltend machen kann. Die wirtschaftliche Ungleichheit, zum Teil aber auch noch die ungeheure Interesselosigkeit der in Frage kommenden Schichten verhindert dies heute selbst noch dort, wo formell für alle gleiches Recht vorhanden ist. Wenn ich die verschiedenen Länder mit ihren Staatsformen überblicke, so gewinnt ich den Eindruck, daß auch in Staaten mit demokratischer bzw. republikanischer Staatsform der wirtschaftliche und politische Einfluß der Arbeiterschaft nicht größer ist als in Ländern mit monarchischer Spitze. Die Hauptsache scheint mir die parlamentarische Mitwirkung des Volkes an den Staatsgeschäften zu sein. Von hier aus wird sich der politische Einfluß der Arbeiterschaft weiter stärken und befestigen, je mehr sie an wirtschaftlicher Bedeutung

gewinnt. Jede staatliche Organisation hat eine oberste Spitze nötig, sei es nun ein Präsident, sei es ein Monarch. Wenn ich mir die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich bei Präsidentenwahlen ansehe und die Begleiterscheinungen, die sich infolge dieser Wahlen für die Beamtenschaft bemerkbar machen, dann weiß ich nicht, ob nicht unter den derzeitigen Verhältnissen die Kontinuität der Monarchie den Vorzug verdient. Jedenfalls scheinen mir die Verhältnisse, wie sie in England bestehen, durchaus verträglich mit den politischen Interessen, die die Arbeiterschaft zu vertreten hat. Der ganze Streit um die Organisations Spitze ist für mich daher eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ich stehe ebenso ablehnend der Theorie vom Gottesgnadentum gegenüber wie der Theorie, daß aller politische und wirtschaftliche Fortschritt nur im Rahmen einer Staatsorganisation möglich ist, dessen Spitze ein durch das Volk gewählter Präsident stehe. Solange nicht der Nachweis erbracht wird, daß die durch den wachsenden Einfluß des Parlaments in ihren Befugnissen modifizierte Monarchie ein Hindernis für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterschichten und damit auch für ihre wachsende politische Beteiligung ist, so lange halte ich die prononcierte Opposition gegen die heutige Staatsform in Deutschland für verfehlt. Eine starke Staatsmacht ist bei dem Einfluß gewisser kapitalistischer Schichten auf die Staatsmaschine vom Standpunkte der Arbeiterschaft kein Fehler; in Republiken und Demokratien ist gerade die Präsidentenwahl ein Manöver, bei dem die privatkapitalistischen Auswüchse in höchst artiger Weise zur Blüte gelangen, und das Stimmrecht des Volkes ist nichts als das Feigenblatt für das dunkle Treiben geriebener Geschäftspolitiker. Ehe man das Volk zu solchen Selbsttäuschungen erzieht, wie sie hier zutage treten, ist es nur klüger, man schafft klare Machtgegensätze, man kämpft langsam und stetig für eine steigende politische Betätigung der Volksmassen, wobei auch das Verantwortlichkeitsgefühl mitwächst. Wachsender politischer Einfluß der Massen in ihren wirtschaftlichen Organisationen, in ihrer politischen Organisation, in der Kommune und im Staat. Schon in ihren eigenen Organisationen, ja gerade da zuerst, muß diese eigene Betätigung gestärkt werden. Denn auch hier ist diese Betätigung im Grunde genommen politischer Natur. Aber wie soll sie

hier aus? Wie groß ist der Prozentsatz der Organisierten, die wirklich lebendigen aktiven Anteil an der Erledigung und Entscheidung der Geschäfte der eigenen Organisation nehmen? Die Gewerkschaftsführer werden das am besten zu beurteilen wissen. Solange aber hier die Massen noch nicht politisiert sind und Anteil nehmen, glaubt man denn, daß sie dann bei den Entscheidungen der großen Politik plötzlich die Einsicht, den Willen und den Eifer besäßen, das, was im speziellen Falle ihr Interesse fordert, aus eigener Überlegung heraus zu finden und zu vertreten? In ihren Organisationen haben die Arbeiter durchaus gleiche Rechte und gleiche Pflichten, aber sie üben sie ganz verschieden aus. Ein ganz großer Prozentsatz überläßt die Geschäfte ruhig einer kleinen Minderheit und ist kaum bei großen Anlässen aus seiner Trägheit aufzuscheuchen. Und dann, wenn denn schon einmal Bewegung in die Mitgliedermassen kommt, lassen sie sich mehr durch andere beeinflussen, als daß sie selbst von ihrem eigenen Interessenstandpunkt aus die schwebende Frage nüchtern beantworten würden. Gewiß gibt es dafür, daß die Dinge so liegen, sehr naheliegende Gründe. Aber wenn es schon bei den ihnen nahestehenden Organisationen so aussteht, dann scheint mir, müsse die politische Betätigung erst hier auf dem ureigensten und nächsten Gebiet belebt und verallgemeinert werden, bevor man sich den Kopf darüber zerbricht, auf welche Weise die Spitze der staatlichen Organisation am besten zu erstellen ist.

Wenn auch die formale Gleichberechtigung nicht verhindert, daß vor allem die Unterschiede auf wirtschaftlichem Gebiete eine materielle Gleichberechtigung erschweren oder unmöglich machen, so ist dies doch nicht etwa ein Grund gegen die Erteilung formaler Gleichberechtigung, sondern vielmehr erst recht ein Grund dafür. Und deswegen erscheint mir ein möglichst allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht die Grundbedingung für die politische Entfaltung der arbeitenden Bevölkerung. Der Ausschluß vom Wahlrecht auf Grund wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede ist entschieden zu bekämpfen. Trotz der formalen Gleichberechtigung bleiben die wirtschaftlich noch unten stehenden und vielfach überaus abhängigen Schichten gegenüber den auf höherer Stufe stehenden tatsächlich auch politisch noch lange die Schwächeren. Am brennendsten ist zurzeit die Frage der preussischen Wahlreform.

Man will der Masse der Bevölkerung nicht den Zugang zur Einflußnahme auf die Angelegenheiten des preussischen Staates geben. Man hat Besorgnisse, mit Hilfe dieses Wahlrechtes könnte der Bestand Preußens bedroht sein, als ob dadurch die um sich greifende Verbitterung im Volke selbst, die in der Tat bedrohlich ist, etwa nicht vorhanden wäre. Will man dieser wachsenden Verbitterung nicht entgegenarbeiten, will man die Feindschaft gegen den Staat und die Regierung immer fester einwurzeln lassen, dann halte man nur weiter an einer Politik fest, die die schwersten Gefahren für Preußen im Gefolge haben muß. Die Schichte der Arbeiter ist heute in einem modernen Staate so groß, daß eine dauernde Verdrossenheit an den Staatseinrichtungen unter Umständen nicht mehr gutgemacht werden kann.

Man sagt, die politischen Rechte haben sich nach den Leistungen für den Staat zu richten, und für den preussischen Staat fielen die Leistungen der Arbeiterschaft gegenüber den Leistungen der besitzenden Schichten nicht ins Gewicht. Wenn man's so hört, mücht's leidlich scheinen, aber in Wirklichkeit ist's ein recht sadenscheiniger Grund. Die besitzenden Schichten können die höheren Leistungen machen, weil sie auf wirtschaftlichem Gebiete den Arbeitern alle Voraussetzungen nehmen, leistungsfähig zu sein und leistungsfähig zu werden. Und dann handelt es sich nicht nur um die Arbeiter, es handelt sich hier auch um den Mittelstand, um die breite Schichte der Bauern und Handwerker, denen man die politische Gleichberechtigung ebenso vorenthält und zwar aus Besorgnis vor dem wachsenden Einfluß der Sozialdemokratie. So führt ein Fehler zu immer weiteren nachteiligen Konsequenzen für den Staat selbst.

Einen Einwand allerdings lasse ich gelten: In der Politik soll man nichts geben, was einem nicht abgezwungen wird. Es ist der nämliche Satz, der auch im wirtschaftlichen Tauschkampf als Regel gilt. Diesen Einwand lasse ich gelten und folgere aus ihm, daß heute der wirtschaftliche und damit auch der politische Einfluß der Arbeiterpartei noch nicht stark genug ist, um die in Preußen entgegenstehenden Widerstände brechen zu können. Die Intransigenten auf der einen wie auf der andern Seite werden aus diesem Konfliktsstoffe reichlich Material herholen, um den politischen Haß zu schüren. Aber

die größere Wirkungskraft der Gründe ist auch in diesem Kampfe nicht auf Seiten der Satten, Privilegierten, sondern auf Seiten der Schwachen, vorwärtstrebenden Schichten, die im Kampfe um dieses eine Recht von anderer positiver Arbeit abgelenkt werden, so daß man sagen kann, es findet hier von beiden Seiten eine ganz unwirtschaftliche Kräftevergeudung statt. Auch das freieste Wahlrecht würde die tatsächlichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse und die politischen Faktoren in ihrem Einfluß auf das Staatswesen nur wenig verändern, so wenig wie im Reichstag, wo durch die formale Gleichberechtigung noch lange nicht die politische Macht in die Hände der nichtbesitzenden Schichten gelangt ist. Die wirtschaftliche Vormachtstellung spottet eben so lange jeder formalen politischen Gleichberechtigung, als im wirtschaftlichen Tauschverkehr die erstere noch besteht.

Wenn in einem Staate eine Partei, die grundsätzlich nicht gegen den Staat an sich sein kann, so scharf in die Oppositionstellung hineingetrieben ist wie die Sozialdemokratie, dann ist es sehr schwer, mit guten Lehren zum Rückzuge blasen zu wollen. Die Dinge stehen so, daß die Sozialdemokratie für ihre Stellung alle Schuld auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien wälzt, und diese wieder ausschließlich die Sozialdemokratie verantwortlich machen. Staatsmännisch gedacht hätte die Regierung alle Veranlassung, auf eine Beilegung dieses Konfliktes hinzuwirken. Statt dessen sehen wir gerade das Gegenteil. Wir sehen im Parlamente, in der Verwaltung und leider sogar in der Rechtspflege, wie jeder Sozialdemokrat stigmatisiert wird, wie man nach außen hin ängstlich bemüht ist, sich von der Berührung mit der Sozialdemokratie fernzuhalten. Als Grund für diese Haltung führt man an, daß die Sozialdemokratie die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung, vor allem auch die Monarchie, bedrohe. Wer an agitatorischen Reden der Sozialdemokratie, wer also an der Oberfläche haften bleibt, der mag ja so urteilen, aber er soll sich dann nicht als Staatsmann und Politiker aufspielen wollen. Sieht man denn gar nicht, wie eine immer breitere Schicht der Bevölkerung vom Staatsgedanken losgerissen wird, ohne daß die Regierungen den Mut haben, diese wurzellos gewordenen Massen gegenüber den Schichten, die aus dieser Entwurzelung Vorteile über Vorteile erhalten haben, wieder in den

staatlichen Organismus einzugliedern? Die bürgerliche Ordnung von heute, soweit sie sich aus dem individualistischen Tauschkampfe ergeben hat, ist in weitaus größtem Umfang das gerade Gegenteil von Ordnung, und es kann einem Kundigen nur ein Rächeln von den Lippen loden, wenn man die Phrase von der bürgerlichen Ordnung liest, hinter der sich die Leute immer verstecken, wenn sie mit triftigen Gründen am Ende ihres Lateins sind. Bei dem ganzen Streit um das Wahlrecht handelt es sich darum, daß die im Besitze der wirtschaftlichen und politischen Macht befindlichen Schichten den vom Schicksal benachteiligten Massen nicht die Möglichkeit gewähren wollen, ebenfalls voran zu kommen. Soweit diese Kreise gar noch sich unterfangen, mit Gründen der christlichen Religion ihren Egoismus drapieren zu wollen, so beweisen sie nur damit, wie sehr sie noch in der Lage sind, auf die Gutgläubigkeit der breiten Masse zu spekulieren. Sie wollen nicht, daß die arbeitenden Schichten mit den besitzenden Schichten auch nur auf die Stufe formaler politischer Gleichberechtigung gestellt werden. Glücklicherweise haben wir aber doch schon den Anfang des Parlamentarismus, dessen Einfluß mit der politischen Reife der wirtschaftlich erstarkenden Arbeiterschaft wachsen wird.

Daß der Kapitalbesitz auch auf seine politische Vormachtstellung nicht verzichten will, daß er sie fest zu halten sucht, ist begreiflich, aber verliert er sie denn, wenn bei der heutigen Organisation der gesetzgebenden Gewalten das auf Volkswahlen beruhende Parlament aus allgemeiner, direkter und geheimer Wahl hervorgeht? Hat man denn daneben nicht noch in den ersten Kammer ein starkes Gegengewicht, in denen der Kapitalbesitz fast ausschließlich dominiert? Wäre dieses Gegengewicht nicht vorhanden, so könnte man den Widerstand der Besitzenden gegen die Wahlrechtsforderungen der arbeitenden Schichten verstehen und vom Standpunkte des politischen Kampfes begreifen. So aber, wie die Dinge liegen, liegt in der Weigerung gegenüber den Bestrebungen der arbeitenden Schichten eine grenzenlose Mißachtung des Wertes der Arbeit und damit aller Arbeiter, die gerade den Kreisen nicht ansteht, die ihr günstigeres Dasein dem Umstande verdanken, daß sie über Kapitalbesitz verfügen, den sie meist nicht erworben, sondern ererbt oder erheiratet haben, daß sie auf Grund dieses Besitzes die für sich

arbeiten lassen können, denen sie die politischen Rechte vorenthalten. Und da predigt man noch, daß die Arbeit able! Ja, so weit soll und wird es noch kommen, aber es ist ein langer Weg, bis die Moral der Arbeit über das brutale Recht des bloßen Kapitalbesitzes triumphieren wird. Was man heute schon verlangen könnte, gerade von den mit irdischen Gütern Gesegneten, das ist, daß sie auch den nichtbesitzenden Schichten den Zugang zu den Möglichkeiten wirtschaftlichen Aufstieges nicht ohne Not erschweren würden. Diese Erschwerung findet aber statt und zeigt sich deutlich im Kampf um die politischen Rechte. Man mißachtet die Arbeit, wenn man die Arbeiter politisch niedriger wertet als die Besitzer von Kapital. Man bekenne sich dann aber auch zu der Moral, daß der Kapitalbesitz um so mehr adelt, je größer er ist, und daß die Arbeit, je mühseliger sie ist, die Menschen entwertet. Weg dann wenigstens mit fauler Heuchelei!

Allerdings weder Erbitterung noch moralische Entrüstung helfen über die Tatsache hinweg, daß in dem Kampfe um eine formale Gleichberechtigung für das preussische Parlament die Parteien noch die Oberhand haben, die den Besitz und nicht den Menschen zum Träger politischer Rechte machen wollen. Dieses Hemmnis erklärt aber vielfach die politische Haltung der Sozialdemokratie, die sonst sicher bald ein anderes Gepräge erhalten würde. Nicht daß die Sozialdemokratie aufhörte eine entschlossene Oppositionspartei im Rahmen des Parlamentarismus zu sein, aber sie würde ihre, in rein politischen Dingen stark negative Tätigkeit aufgeben und ihre Opposition in den Dienst positiven Wirkens stellen müssen. Die Gegner tadeln z. B. die Budgetverweigerung der Sozialdemokratie. Sie ist nur zu verstehen aus der gekennzeichneten Erbitterung, in die man die Sozialdemokratie hineingetrieben hat und in der man sie heute noch festhält. Allerdings ist die Erbitterung ein schlechter und unkluger Ratgeber, und es sprechen Gründe genug für das Aufgeben einer Taktik, die mehr und mehr wirkungslos geworden ist und die auf Staat und Parteien keinen Eindruck mehr macht. Die Budgetverweigerung soll ein Mißtrauensvotum gegen den heutigen Staat, gegen die jeweilige Regierung darstellen, aber es wird dadurch nur erreicht, daß man die gegnerischen Parteien nur enger zusammendrängt, anstatt ihre Gegensätze

möglichst hervortreten zu lassen. Die starken wirtschaftlichen und politischen Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien sind vorhanden und aus ihnen muß die Politik der Arbeiter Vorteile ziehen. Die Arbeiterpartei hat weder mit den linken Parteien noch mit den rechten eine länger dauernde Verbindung einzugehen, sie hat vielmehr von Fall zu Fall zu handeln und überall dort zu unterstützen, wo die Rechte und Interessen der Arbeiter gefördert werden können. Sie hat grundsätzlich dem Liberalismus mindestens ebenso gegensätzlich gegenüberzutreten wie dem Konservatismus.

So wichtig die formale Gleichberechtigung auch sein mag, so darf doch darüber die positive Kleinarbeit nicht übersehen werden; die großen Entscheidungen in formalen Fragen werden in ihrer Bedeutung meist viel zu viel überschätzt, während eine Unsumme kleiner und kleinster Erfolge den politischen Einfluß so vertieft und verästelt, daß die starken Hemmungen in den großen Fragen sich abschwächen und dadurch vielleicht früher ein Ziel erreicht wird, das durch noch so große Kraftanstrengungen auf agitatorischem Gebiet, durch Demonstrationen usw. nicht zu erreichen war. Man kann sich auch in der Politik durch die Art seiner Tätigkeit allmählich so unentbehrlich machen, daß man zu gegebener Zeit wirksame Trümpfe in der Hand hat. Aber freilich eine solche Taktik muß von vornherein auf schnelle Erfolge formal-politischer Art verzichten können, so wünschenswert diese auch vom agitatorischen Gesichtspunkte aus sein mögen.

In diesem Zusammenhange möchte ich noch darauf hinweisen, daß mir die Forderung der direkten Gesetzgebung durch das Volk als gänzlich indiskutabel erscheint. Auch sie ist aus dem schönen Begriffe des Volksstaates abgeleitet, ist aber unter den heutigen Verhältnissen durchaus utopisch. Ebenso möge man die Forderung der Wahl der Behörden durch das Volk ruhig fallen lassen. Wie soll das Volk die Leute auf ihre Tüchtigkeit und Würdigkeit prüfen können? Auch hier lehren ja die Erfahrungen der Arbeiterorganisationen ganz von selbst, daß die Wahl der Beamten durch die Mitglieder bei großen Organisationen ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Am Schlusse dieses Abschnittes sei noch die Stellung der Sozialdemokratie zur Kirche und Religion erörtert. Das Programm er-

klärt die Religion zur Privatsache und fordert Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sollen als private Unternehmungen betrachtet werden, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen. Man kann diese Stellungnahme nicht besser und zutreffender fassen, als es im sozialdemokratischen Programm geschehen ist. Wenn ich trotzdem bei diesem Passus mit einer Kritik einsetze, so geschieht es deswegen, weil in der Praxis leider vielfach ganz anders gehandelt wird, als es nach dem Programm notwendig ist. Man könnte nach der Praxis annehmen, als ob die Sozialdemokratie den Atheismus und seine Propaganda in ihr Programm geschrieben hätte. Man wird doch aber zugeben, daß antireligiöse Propaganda gar nichts mit wirtschaftlichen und politischen Fragen zu tun hat, daß man es wirklich jedem einzelnen überlassen sollte, wie er in religiösen Fragen denken und handeln will. Gerade bei der Behandlung von kirchenpolitischen Fragen ist Laftgefühl und weitestgehende Toleranz am Platze. Die Bekämpfung der Geistlichen und der Kirchen erfolgt oft in Formen, die gläubige Menschen verletzen müssen. Man merkt zu sehr die Absicht, daß ein Freidenker, der seiner meist recht billigen Überlegenheit Ausdruck verleihen will, dies nicht anders tun kann, als daß er die, die seinem logischen Gedankenfluge nicht zu folgen vermögen, gewissermaßen als Menschen minderwertigen Intellekts behandelt. Wenn das von Vertretern der Sozialdemokratie geschieht, so liegt eine krasse Verletzung des Programmgrundsatzes vor. Mag einer auch noch so fanatischer Gottesleugner sein, wenn er als Sozialdemokrat auftritt, so hat er seine Privatmeinung hinter die von Partei wegen geforderte Toleranz zurückzustellen, und kann er das nicht, so hat er aufzuhören, sozialdemokratischer Vertreter zu sein. Duldet man aber solche Vertreter, weist die Partei sie nicht in die durch das Programm gezogenen Schranken zurück, so ist es begreiflich, daß die Sozialdemokratie in den Geruch einer religionsfeindlichen Partei gerät. Daß aber ein solcher Ruf schädlich für die Sache der Arbeiter ist, daß er namentlich die Sammlung der Arbeiter zu einheitlichen Organisationen hemmt, darüber kann kein Streit herrschen. Mögen die kirchlichen Organisationen an den Arbeitern viel oder wenig gesündigt

haben, das hat mit der Frage des religiösen Glaubens gar nichts zu tun. Er ist unter allen Umständen, mag man selbst noch so frei denken, ein Gut, das nicht verletzt werden darf, das den Spott unter keinen Umständen verträgt. Wer hier sich nicht zügeln kann, der beweist nur, daß er den ganzen Ernst des religiösen Problems nicht zu erfassen imstande ist.

## Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik

Es wichtig die rein politischen Fragen für die Entwicklung der Arbeiterschaft auch sein mögen, weit wichtiger ist das Gebiet der Wirtschaftspolitik, das freilich im sozialdemokratischen Programm deswegen ganz tiefmütterlich behandelt wird, weil es bei der ganzen Art, wie man sich die Verwandlung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft denkt, gar keinen Raum finden kann. Weit stärker ist die Sozialpolitik berücksichtigt, weil durch sie die Arbeiterschaft für den letzten entscheidenden Kampf widerstandsfähig gemacht und erhalten werden soll. Aus diesem Umstande resultiert eine arge Überschätzung der Sozialpolitik und eine starke Vernachlässigung der Wirtschaftspolitik. Es wird ja heute von den Gegnern der Arbeiter die Sozialpolitik wegen der Lasten, die sie den Arbeitgebern bringt, arg befehdet und befürwortet, daß weitere Belastungen für sozialpolitische Zwecke unterbleiben sollen. Diese Gründe sind es nur freilich ganz und gar nicht, die mich veranlassen, den Wert der Sozialpolitik weit hinter den der Wirtschaftspolitik zu verweisen. Vielmehr ist der Grund ein total anderer. Zweck der Wirtschaftspolitik muß vom sozialistischen Standpunkte aus sein: alle Möglichkeiten zu erschließen, durch die die Arbeiterschichten im heutigen und künftigen Kaufsverkehr den Wert der Ware Arbeitskraft zu steigern vermögen. Die Fürsorge für den alten und kranken Arbeiter soll nicht unterlassen werden, aber weit wichtiger als diese Fürsorge ist die wirtschaftliche Hebung der gesunden Schichten der Arbeiterschaft, ihre stärkere Beteiligung am Produktions-ertrage.

Was ist denn Sozialpolitik in dem Sinne, wie sie seit Jahrzehnten im Vordergrund des öffentlichen Lebens steht? Es ist Arznei gegen soziale Krankheiten, es sind Maßnahmen, diejenigen wieder aufzurichten oder zu stützen, die im wirtschaftlichen Kampfe schwach oder hilflos geworden sind. Man sorgt für den Kranken, alten, verletzten Arbeiter, indem man ihn versichert. Gewiß ist das eine verdienstliche Sache. Aber man darf darüber doch den gesunden Arbeiter nicht vergessen. Vor lauter Sozialpolitik denkt man kaum mehr daran, daß

durch eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik das gesunde Gros der Arbeiterbevölkerung wirtschaftlich gehoben werden kann und soll. Das Interesse an der Erörterung sozialpolitischer Fragen ist durchweg größer als das Interesse an rein wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten. Um die Arbeiterversicherung kümmert man sich viel eingehender als z. B. um die Verteilung des Produktions-ertrages zwischen Kapital und Arbeit. Und doch ist die letztere Frage für die Zukunft und den wirtschaftlichen Fortschritt des deutschen Volkes ungemein viel wichtiger als das ganze Gebiet der Arbeiterversicherung.

Die Möglichkeit, der Arbeit einen größeren Anteil am Produktions-ertrage zuzuführen, ohne daß für die Gebiete der Warenherstellung und der Warenverteilung Verlegenheiten eintreten, ist vielfach gegeben, aber es fehlt heute sowohl an der hinreichenden Erkenntnis der Punkte, an denen man die Hebel zu einer Besserung anzusetzen hat, noch an dem Willen, der Lösung des Problems näherzutreten. Gewiß spielen sich im geschäftlichen Leben zahlreiche und umfangreiche Kämpfe ab, durch die eine Partei der andern wirtschaftliche Vorteile abjagen will, aber was soll das Resultat der regellosen Kämpfe, wenn es auf indirekte Weise alsbald oder später verloren geht? Der Arbeit kommt an irgendeiner Stelle der Produktion ein höherer Lohn zugute, aber es dauert nicht lange, und man hat dieses Plus durch höhere Warenpreise ihr wieder abgenommen. Aus den planlosen Einzelkämpfen, die sich zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Arbeit und Arbeit fortgesetzt abspielen, kommt letzten Effektes absolut kein den Volkswirt befriedigendes Resultat heraus, vielmehr hängt es ganz von der jeweiligen wirtschaftlichen Macht der in Frage kommenden Faktoren ab, wer siegt oder wer den Steg festhalten kann. Der Staat kümmert sich um diesen Kampf noch so wenig wie möglich, weil er die direkte Beeinflussung der Verteilung des Produktions-ertrages zwischen Kapital und Arbeit noch nicht zu seinen Aufgaben rechnet. Er erbarmt sich vielmehr der Opfer, die der wirtschaftliche Kampf fordert, und treibt für diese Sozialpolitik. Das ist aber eine ganz unwirtschaftliche Art der Betätigung. In der Medizin ist man schon längst darauf gekommen, daß die Verhütung der Krankheiten wichtiger ist, als die

Heilung der Kranken. Das schließt nicht aus, daß die Heilkunst fleißig und fortdauernd geübt werden muß, aber der Wandel wirkt insofern günstig, als man der Erhaltung der Gesundheit weit größere Aufmerksamkeit schenkt als früher und dadurch die Morbiditätsziffer herabzubringen vermag. Ganz analog liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Wenn wir die heutige Einkommensbildung und Einkommensverteilung betrachten, so tritt uns ein äußerst verderblicher Gegensatz entgegen. Auf der einen Seite nimmt der Reichtum einer relativ kleinen, aber doch wachsenden Schichte in ganz auffälliger Weise zu, während auf der anderen Seite die arbeitenden Schichten zwar auch Fortschritte erreichen, die aber in keinem Verhältnis zu dem übermäßigen Anwachsen der Reichtümer der begüterten Schichte stehen. Dabei kann man weiter folgende Beobachtung machen: die karglich lebenden Schichten der Bevölkerung können an den Errungenschaften der Kultur nicht oder nur ganz wenig teilnehmen: man bietet ihnen vielmehr vielfach eine Austerkultur, die sie relativ sehr teuer zu bezahlen haben. Die reichen Schichten hinwiederum haben eine Lebensführung angenommen, die sie für die Kultur ebenfalls verloren macht: es sind übersättigte, unzufriedene, überdifferenzierte Menschen, die sich und anderen zur Last sind. Man braucht durchaus kein radikaler Kommunist zu sein, der für die Gleichmacherei schwärmt, sondern kann sich ruhig auf den Standpunkt stellen, daß das Prinzip, die Arbeit und Arbeitsleistung in erster Linie für die Einkommensbildung maßgebend sein zu lassen, nur allmählich durchführbar sein wird, aber nichtsdestoweniger muß gesagt werden, daß die Zunahme der großen und größten Einkommen und Vermögen in einem Tempo erfolgt, die volkswirtschaftlich äußerst unerfreulich ist. Dabei macht weder die Jagd nach dem Gelde noch der Besitz der großen Reichtümer die Menschen glücklich. Es ist aber Tatsache, daß die zunehmende Appigkeit auf der einen Seite den Druck auf der Gegenseite verstärkt, so daß ein rascheres Vorwärtstommen der unteren Schichten hintangehalten wird. Wenn wir das Tempo dieser ungesunden Entwicklung sehen, die durch die wirtschaftlichen Prinzipien des Liberalismus in ihrer ganzen Intensität entfesselt worden ist, so liegt es doch nahe zu fragen, ob denn gegen

diese Entwicklung nicht wirksame Gegenkräfte mobil zu machen sind. Nun, diese Kräfte sind heute schon vorhanden und wachsen immer stärker heran, aber ihre Wirksamkeit ist von der Inangriffnahme des Hauptproblems noch weit entfernt, hauptsächlich deshalb, weil der Staat noch nicht dahin beeinflusst wird, in diesem Kampfe bis zu einem gewissen Grade die Führung zu übernehmen durch die Inaugurierung einer Wirtschaftspolitik, die ebenso auf die Besänftigung der überwuchernden Appigkeit wie auch auf die Beseitigung eines sozialen Milieus hinarbeitet, in welchem kein gesundes Geschlecht heranwachsen kann. Nicht durch sozialpolitische Maßnahmen kann dieses Ziel erreicht werden, sondern nur durch wirtschaftspolitische, die systematisch den Arbeitsmarkt und den Geldmarkt, die Warenherstellung und die Warenverteilung von einheitlichen Gesichtspunkten aus zu berücksichtigen haben.

Aber freilich, wie soll man eine solche Wirtschaftspolitik treiben können, solange man die tatsächliche Verteilung des Produktionsertrages noch nicht einmal kennt? Was nützt uns alle theoretischen Systeme und politischen Dogmen, wenn sie sich in Allgemeinheiten bewegen und nicht von der genauen Kenntnis der realen Verhältnisse ausgehen können? Wirtschaftspolitik, wie sie hier empfohlen wird und wie sie getrieben werden muß, soll das deutsche Volk gesund und leistungsfähig bleiben, ist nur möglich, wenn wir durch eine wissenschaftliche Wirtschaftskunde die Voraussetzungen für eine solche Wirtschaftspolitik schaffen. Wo ist aber heute das Interesse für die Bestrebungen, diese Voraussetzungen zu schaffen? Im gegenseitigen Kampfe der Interessenten denkt man nicht weiter als an sich, an seine Organisation, an seine Partei, an seinen Privatvorteil oder Geschäftsnutzen — was darüber hinausgeht, für das fehlt jeder Sinn, fehlt jedes Verständnis. Die Macht der Interessenten beherrscht das Feld und erschwert jede zusammenfassende objektive Beschreibung und Beurteilung des Wirtschaftslebens. Man läßt sich vielleicht herbei, die Notwendigkeit sozialpolitischer Eingriffe anzuerkennen, aber darüber hinaus soll die heutige Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung erhalten bleiben. Wohl führen die wirtschaftlichen Kämpfe mit der Zeit von selbst zu einem größeren Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse

und zu einem tieferen Eindringen in die Zusammenhänge der Volkswirtschaft. Aber damit ist es nicht getan. Wir erreichen nur, daß die stärkeren Organisationen und Gebilde ihren Vorsprung gegenüber den Schwächeren immer weiter verstärken und neue Möglichkeiten ausfindig machen, einem Angriff auf ihre Position die Wirkung zu nehmen. Um die Zurückbleibenden kümmert sich niemand; sie sind in ihrer Isolation zu schwach, den stärkeren die Spitze zu bieten; es fehlt ihnen ein Rückhalt, auf den sie sich im wirtschaftlichen Kampfe stützen könnten.

Wohl wird es noch einige Zeit währen, bevor die hier vertretene Bewertung der Wirtschaftspolitik sich zur Anerkennung durchgerungen haben wird. Bis dahin wird noch immer die Sozialpolitik im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen. Man wird die Krankheitserscheinungen dadurch zu beseitigen suchen, daß man an den Symptomen herumfuriert, anstatt die Quellen der Erkrankung dadurch zu beseitigen, daß man das wirtschaftliche Milieu von all' den Erscheinungen reinigt, die notwendig Erkrankungen des wirtschaftlichen Organismus herbeiführen müssen. Sozialpolitik ist eine gute Sache neben einer gesunden Wirtschaftspolitik. Aber Sozialpolitik allein ohne den Hintergrund einer solchen Wirtschaftspolitik führt nicht vom Fleck, sondern erfordert immer größere Opfer, ohne daß die Beteiligten selbst sich erleichtert und befriedigt fühlen. Es macht sich heute in dieser Beziehung schon eine weitgehende Ernüchterung bemerkbar. Aber man sieht noch nicht ein, wo die Ursache dieser Erscheinung liegt. Die einen rufen nach noch mehr Sozialpolitik, während die anderen ein langsames Tempo oder gar ein Innehalten empfehlen. Der Grund für das unbefriedigende Gefühl liegt nur darin, daß die Sozialpolitik vergeblich sich um die Lösung von Aufgaben bemüht, die nur durch eine Wirtschaftspolitik gelöst werden können, deren Ziel ist, der Arbeit in ihrer Gesamtheit einen steigenden Anteil am Produktionsertrage in systematischer Weise zukommen zu lassen.

Die Wirtschaftspolitik der Arbeiter hat auszugehen von der Arbeitsmarkt- und von der Konsumentenpolitik. Auf der einen Seite muß dafür gesorgt werden, daß für die vorhandenen Arbeitskräfte möglichst ausreichende Arbeitsgelegenheit vorhanden ist und die Arbeitskraft so gut wie möglich entlohnt wird, auf der anderen Seite ist

darauf hinzuwirken, daß die Arbeiterwirtschaften die Güter, die sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse benötigen, möglichst gut und billig sich verschaffen können. Gehen wir zunächst auf die Arbeitsmarktpolitik ein, so sind auch hier zunächst wieder formale Rechte von großer, allerdings nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Wir sind auf dem Wege zu einer Regelung der Arbeitsvermittlung, aber das Ziel ist noch immer nicht erreicht und auch in seiner Bedeutung nicht voll erkannt. Über diesen Gegenstand habe ich mich wiederholt schon so ausführlich geäußert, daß ich mich hier kurz fassen und nur die Bedeutung dieser Regelung mit einigen Worten hervorheben will. Die Stellungnahme der Gewerkschaften hat sich ja in dem Sinne geändert, daß man nicht mehr allein steht, wenn man den eminenten Nutzen einer öffentlichen paritätischen Arbeitsvermittlung für die gesamte Arbeiterschaft behauptet. Es ist ganz klar, daß für die Ware Arbeitskraft ein geregelter Markt noch nötiger ist als für andere im Tauschverkehr eine Rolle spielende Waren. Verkäufer und Käufer der Ware müssen auf die Vermittlungseinrichtungen den gleichen Einfluß haben und bei Waren von besonders großer Bedeutung kümmert sich die staatliche oder gemeindliche Organisation um die richtige Durchführung und Überwachung des Marktverkehrs. Wie soll und kann Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt einen Ausgleich finden, solange ein geschlossener, zentralisierter, geregelter Arbeitsmarkt nicht existiert? Es ist zuzugeben, daß eine solche Zentralisation nicht künstlich geschaffen werden kann, daß dem staatlichen Eingreifen erst private Vorarbeit vorauszugehen hat, daß die in Frage kommenden Interessenten den Wert der ganzen Frage verstehen lernen und selbst die ersten Schritte auf dem Wege zu einer geordneten Arbeitsvermittlung unternehmen müssen. Aber heute ist die Entwicklung auf diesem Gebiete bald reif für ein Eingreifen des Reiches, nachdem etwa zwanzig Jahre hindurch die notwendige Vorarbeit geleistet worden ist. Die formale Regelung der Arbeitsvermittlung bildet aber erst die Voraussetzung, daß wir den Arbeitsmarkt wirklich in seiner Totalität und in seinen Einzelheiten kennen lernen können. Damit gewinnen dann die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen erst die Möglichkeit, auf das Angebot der Arbeitskraft am Arbeitsmarkt regulierend einzuwirken. Sie vermögen

zu überblicken, wo das Angebot überlastet ist, wo Zurückhaltung zu üben ist, wo der Andrang verstärkt werden kann, kurz sie kommen dann erst in die Lage der Warenhändler, die die jeweilige Marktlage auszunutzen verstehen.

Man wird einwenden, daß eine solche Politik bei der Ware Arbeitskraft nicht möglich sei, da das Angebot in der Regel für den jeweiligen Bedarf zu groß sei. Nun, dazu sind eben die Arbeiterorganisationen da, daß sie das jeweils mehr oder weniger überschüssige Angebot aus dem Markte zu ziehen wissen. Nicht umsonst haben sie sich mit den Jahren eine Erwerbslosenunterstützung geschaffen. Je mehr sie diese Einrichtung im Sinne der Konjunkturschwankungen auf dem Arbeitsmarkt auszunutzen verstehen lernen, desto mehr, doppelt und dreifach mehr, werden sich für sie die Opfer, die sie für die Durchhaltung der Arbeitslosen zu bringen haben, bezahlt machen. Wie im Warenhandel das Angebot oft durch reichliche Lagerung der Ware dem Bedarf entsprechend geregelt wird, um den Preis der Ware nicht sinken zu lassen, so müssen auch die Arbeiterorganisationen sich darauf gefaßt machen, daß sie, um eine Senkung des Arbeitslohniveaus hintanzuhalten, einen Teil des Angebots aus dem freien Markte ziehen und ihn durchzuhalten haben, selbst auf die Gefahr hin, daß hier große Mittel bereitgestellt werden müssen. Aber diese Ausgaben machen sich eben dadurch mehr als bezahlt, daß die Löhne nicht sinken können, daß die in Arbeit befindlichen Arbeitskräfte über die zu bringenden Opfer hinaus mehr verdienen. Selbstverständlich stellen sich in Wirklichkeit die Verhältnisse keineswegs so einfach, wie es hier theoretisch mit wenigen Worten ausgedrückt wird. Aber wenn die Bewertung der Arbeitskraft gesichert und gehoben werden soll, so gibt es eben keinen anderen Weg zum Vorwärtskommen als den hier gekennzeichneten.

Aus den hier angegebenen Gründen befürworte ich in erster Linie die Arbeitslosenunterstützung aus eigener Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Mitwirkung öffentlicher Zwangsorganisationen möchte ich nicht gänzlich ablehnen, aber sie darf die Gewerkschaften in ihrer Aktionskraft auf dem Gebiete der Arbeitsmarktpolitik nicht beeinträchtigen oder gar lähmen. Der Staat in seiner heutigen Struktur steht einer Erstarkung der Arbeiterschichten noch gegensätzlich gegenüber.

Die Wirtschaftspolitik der Arbeiter kann aber nicht dabei stehen bleiben, die jeweilig gegebene Arbeitsgelegenheit in bester Weise für die Verwertung der Ware Arbeitskraft auszunutzen, sie muß sich auch um die Beschaffung der Arbeitsgelegenheit kümmern. Es kann ihr nicht gleichgültig sein, ob und wie die Arbeitgeber Arbeitsgelegenheit beschaffen, wie die Bedingungen sind, zu denen die anfallenden Arbeiten ausgeführt werden, kurz die Politik der Arbeiter hat sich um die die jeweilige Arbeitsgelegenheit konstituierenden Faktoren zu kümmern, von denen wir einige nachher noch besonders erörtern werden.

Nächst der Beschaffung und Ausnützung der Arbeitsgelegenheit muß es Aufgabe der gewerkschaftlichen Politik sein, auf eine Höherbewertung der Ware Arbeitskraft hinzuwirken und gleichzeitig einen Ausgleich in den Lohn- und Arbeitsbedingungen zunächst innerhalb des politisch abgegrenzten Wirtschaftsgebietes herbeizuführen. Zu diesem Zwecke ist vor allem eine genaue Kenntnis der Unternehmungen, ihres Geschäftsganges, ihrer Ertragnisse, ihrer Technik und ihrer Arbeitsweise nötig. Und zwar müssen die Gewerkschaften sich hier durchaus von der Berichterstattung der bürgerlichen Handelspresse emanzipieren und eine völlig eigene Information von sich aus schaffen. Nur dadurch gewinnen sie Einblick in die wirtschaftlichen Möglichkeiten und vermögen diese jeweils zu ihrem Vorteil bei der Lohn- und Tarifpolitik auszunutzen. Sie müssen aber auch die Existenz- und Lebensbedingungen der einzelnen Gewerbe und Unternehmungen bei ihrem Vorgehen berücksichtigen, wenn anders sie nicht unter Umständen den Akt ablagen wollen, auf dem sie sitzen. Endlich ist von besonders großem Werte eine genaue Orientierung über die jeweilige Konjunktur im allgemeinen und im besonderen. Wer die intime Kenntnis der wirtschaftlichen Dynamik mit ihren gegenseitigen Abhängigkeiten und Wirkungen gering einschätzen zu sollen glaubt, der unterschätzt die Schwierigkeit der Aufgabe, eine allgemeine und systematische Höherbewertung der Arbeitskraft herbeizuführen. Ein regelloses Vorgehen war so lange begreiflich, als sich noch nicht starke Organisationen gebildet hatten. Nachdem diese vorhanden sind und die Verantwortlichkeit im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wächst, werden die Organisationen ganz von selbst auf den hier gekennzeichneten Weg getrieben,

ja sie stehen schon am Anfang desselben und wenden allmählich gerade den hier gekennzeichneten Fragen steigende Aufmerksamkeit zu. Die gewerkschaftliche Tätigkeit führt so zu einer systematischen Arbeitsmarktpolitik, und diese bestimmt wieder die einzuschlagende Wirtschaftspolitik, von der die Arbeitsmarktpolitik für die Arbeiter das ureigenste und wichtigste Gebiet ist.

Auch vom Standpunkte der Konsumentenorganisationen dringt die Politik der Arbeiter zur Wirtschaftspolitik vor. Die Aufgaben der Konsumentenorganisationen wurden schon in einem früheren Abschnitt dargestellt. Die Vorgänge auf dem Gebiete des Detailhandels, des Zwischen- und Großhandels, die Preisbildung auf dem Warenmarkt und vor allem die Beeinflussung dieser Preisbildung müssen ständig Objekte der genauesten Beobachtung sein. Das Streben geht danach, die Ware von der Stätte der Gewinnung so direkt wie möglich und unter dem geringsten Aufschlag für Transport und Zwischengewinn den letzten Verbrauchern zuzuführen. Das ganze Gebiet der Warenverteilung wird so durch die Politik der Konsumentenorganisationen beeinflusst. Dieses Gebiet ist aber nur zu beherrschen durch eine genaue Kenntnis der Waren selbst, ihrer Gewinnung, ihrer Herstellungskosten, ihres Vertriebes. So erwacht auch von hier aus das Interesse für jene Zweige der Wirtschaftspolitik, die den Warenmarkt und die Warenverteilung berühren, und da beide wieder in hohem Maße vom Geldmarkt, vom Arbeitsmarkt und von der Warenherstellung abhängig sind, so sind auch die Konsumentenorganisationen gezwungen, sich mit der Wirtschaftspolitik im allgemeinen genau so zu befassen, wie dies für die gewerkschaftlichen Organisationen nötig ist. Die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Gebiete voneinander, der Selbsterhaltungs- und Ausdehnungstrieb zwingen zu einer ständigen Orientierung über alle Möglichkeiten, vorwärtszukommen und alle geeigneten Maßnahmen zur Erreichung des gesteckten Zieles zu treffen.

Aus diesen Bedürfnissen heraus, die die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen entstehen lassen, entwickeln sich die Triebkräfte und Richtlinien für die Wirtschaftspolitik der Arbeiterpartei. Es ist hier nicht der Ort, diese Wirtschaftspolitik näher darzulegen und auszuführen, wie sie auch die ganze Gesetzgebung und die Rechtsbildung

zu durchdringen hat. So viel dürfte aber aus dem Gesagten hervorgehen, daß die Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik im sozialdemokratischen Programm heute äußerst nebensächlich ist, was durch die irrige Voraussetzung über die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft verursacht wird. Das Programm verlangt eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzesetzgebung. Schon diese Ausdrucksweise ist mehr sozial als wirtschaftspolitisch gehalten: der Staat soll helfen. Aber der Staat kann, so wie heute die Verteilung der im Staate herrschenden Kräfte beschaffen ist, nur in unzureichender Weise eingreifen. Das Verlangen eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages ist ja agitatorisch sicher recht wirksam gewesen, aber mittels der Gesetzgebung läßt sich der heutige Lauschkverkehr nicht mit nichts da nichts kommandieren. Die Arbeiterorganisationen müssen sich die Verkürzung der Arbeitszeit erkämpfen. Die ganze Fassung ist auch viel zu mechanisch gefaßt, da das Maß der Arbeit nicht zeitlich für alle Fälle geregelt werden kann, sondern auch die Intensität der Arbeit und noch viele andere Umstände, z. B. die Konkurrenz mit dem zum Teil wirtschaftlich noch niedriger stehenden Auslande, vor allem mit der natürlichen Produktivität eines Gebietes zu berücksichtigen sind.

Wohl läßt sich Kinderarbeit, Nachtarbeit verbieten oder stark einschränken, ebenso können die Ruhepausen generell geregelt werden. Hier haben ja auch die letzten Jahrzehnte mancherlei Fortschritte gebracht. Die Schaffung eines zeitgemäßen Arbeiterrechts mit der Regelung des Koalitionsrechtes und mit der rechtlichen Behandlung der verschiedenen Arten von Arbeitern ist ebenfalls dringend notwendig und kann programmatisch sehr wohl verlangt werden.

Am nächsten kommt der hier vorgetragenen Auffassung der Passus des Programms, der Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeiterverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeiterkammern verlangt. Falsch ist nur, daß hier wieder dem Staat die Initiative zugemutet wird, während dieses Ziel erst allmählich durch die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter selbst erreicht werden kann. Auch hier wird eben das schon kritisierte Radikalmittel als anwendbar vorausgesetzt. Fällt dieses Mittel, so muß auch diese Forderung des Pro-

gramms eine entsprechende Abänderung erfahren. Auch verkennt diese Forderung wieder das Wesen und die Macht des Staates ebenso wie das Wesen des wirtschaftlichen Kampfes, woran die schöne Regelung heute noch durchaus scheitern muß. Die Befruchtung des wirtschaftlichen Teiles des Programms durch die Richtung der gewerkschaftlichen und Konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit ist höchst notwendig. Würde die politische Arbeiterpartei sich hier ablehnend verhalten, so würde sie ihren Einfluß auf die vorgeschrittenen Schichten der Arbeiterschaft allmählich verlieren müssen. Geht sie aber den richtigen Weg, so wird die politische Arbeiterpartei gewissermaßen den wirtschaftlichen Einfluß der gewerkschaftlichen und Konsumgenossenschaftlichen Organisationen in sich konzentrieren, um ihn im Kampfe mit dem Staat und den Parteien, aber auch mit dem Auslande in die Waagschale zu werfen.

Von besonderer Bedeutung scheint mir nun noch die Handels-, Kolonial- und Steuerpolitik zu sein, weswegen ich diesen Zweigen der Wirtschaftspolitik hier noch einige Ausführungen widme. Die Stellungnahme des sozialdemokratischen Programms ist in folgendem Passus festgelegt:

„Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu bedecken sind. Selbststeuerschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweis steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“

Die ganze Handelspolitik ist mit dem Verlangen nach Abschaffung der Zölle und sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit opfern, erschöpft. Es ist also der reine Konsumentenstandpunkt berücksichtigt. Aber gerade deswegen hat vielleicht die Haltung der Sozialdemokratie in Zollfragen so großen Anklang in den breiten Massen gefunden. Auch heute noch merkt man sehr wenig von einer Wandlung zu einer anderen Auffassung. Hier wird die Sozialdemokratie noch ganz und gar von rein liberalen, doch nichts weniger als von sozialistischen Grundsätzen beherrscht. Die staatliche Handelspolitik hat vom sozialistischen Standpunkte aus die Aufgabe, die Produktionsbedingungen in den verschiedenen Ländern zum Aus-

gleich zu bringen. Wie schon dargelegt, ist die natürliche Produktivkraft in den verschiedenen Ländern ziemlich ungleich, von der Verteilung und der Art der Verteilung der anorganischen Rohstoffe gilt das gleiche. Der Aufwand von Kapital und Arbeit zur Gewinnung und Auslehnung der organischen und anorganischen Rohstoffe ist ebenfalls verschieden, so daß das eine Volk vor einem anderen eine ganze Reihe von Vorteilen voraus haben kann, die ihm ermöglichen, bei geringerer Berausgabung von Arbeitskraft viel größere Erträge als das andere Volk aus seiner Wirtschaft herauszuholen. Solange diese Gegensätze bestehen, werden sich mit Recht die benachteiligten Länder zum mindesten dann zu schützen suchen, wenn die Ausnützung der heimischen Produktivkraft direkt bedroht wird. Das ist aber, um auf Deutschlands Zollpolitik zu exemplifizieren, bei unserer Landwirtschaft der Fall gewesen. Entweder man stellt sich auf den Standpunkt, daß man diesen Produktionszweig einer überlegenen Konkurrenz schutzlos preisgibt und dadurch das Gros der landwirtschaftlichen Betriebe existenzunfähig macht, oder man will die Landwirtschaft erhalten. Will man das letztere, so entsteht die Frage, wie anders als durch den Schutz Zoll zurzeit zu helfen wäre. Wenn es Tatsache ist, daß auf dem Getreidemarkt der Weltmarktpreis herrscht, wenn es weiter Tatsache ist, daß in jungen aufstrebenden Agrikulturländern die Herstellungskosten vor allem für Getreide niedriger sind als bei uns, so ist die Folge, daß ohne Schutz Zoll der Weltmarkt-Getreidepreis das Gros der Landwirte am Ertrag ihrer Arbeit schädigt, daß die Arbeit nicht mehr ausreichend bezahlt werden kann, daß dadurch die Bauern schließlich um ihre Existenz gebracht werden. Um diese Eventualität zu verhüten, ist auch vom sozialistischen Standpunkte aus der Schutz Zoll gerechtfertigt, in welchem Grade und Umfang, ist eine Frage für sich, die hier nicht zu erörtern ist. Aber grundsätzlich hat sich der Sozialismus auf diesen Boden bei der Behandlung zollpolitischer Fragen zu stellen.

Nun sagt man, daß durch die Schutz Zollpolitik einzig und allein die Konsumenten belastet würden und sucht dies sogar oft mit peinlicher Genauigkeit zahlenmäßig nachzuweisen. Wie liegen denn aber die Dinge? Durch den Schutz Zoll auf Getreide wird die Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben wieder lohnend gemacht. Die bäuerliche

Bevölkerung verfügt wieder über größere Einnahmen und macht daher auch wieder größere Ausgaben oder legt Ersparnisse zurück. Die größeren Ausgaben vermehren aber die Arbeitsgelegenheit auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt, schaffen dort wieder günstigere Bedingungen, als es der Fall wäre, wenn die Landwirtschaft die Bauern nur kärglich nährte. Kapitalisieren aber die Bauern, so kommt dies dem Angebot auf dem Geldmarkt zugute, wodurch mindestens eine Verteuerung der Geldleihrate nicht herbeigeführt wird. Auf alle Fälle kommen die Summen, um die der Konsum zunächst verteuert wird, indirekt der gewerblichen Warenherstellung und dem Arbeitsmarkte bald wieder zugute, während im anderen Falle die Arbeitsgelegenheit, die aus der Landwirtschaft dem Gewerbe zufließt, zurückgehen, die Industrie immer stärker auf das Auslandsgeschäft angewiesen würde. Ob das aber ein Vorteil für den gewerblichen Arbeitsmarkt wäre? Sicherlich nicht. Der Mangel eines breiten Inlandsmarktes würde sich in kritischen Zeiten gerade für die gewerbliche Arbeiterschaft äußerst nachteilig bemerkbar machen, Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne würden stärker zunehmen und länger andauern, als dies bei einer Schutzzollpolitik der Fall ist.

Was hätte also die gewerbliche Arbeiterschaft von niedrigen Getreidepreisen? Glaubt man etwa, der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands hätte sich gerade unter den Schutzzöllen so gewaltig vollzogen, wenn diese die einseitige ungeheure Belastung des Konsums bedeuten würden, die ihnen zugeschrieben werden? Dafür daß der Konsum belastet wird, tauscht auf der anderen Seite der landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeitsmarkt Vorteile ein, die die Belastung mehr als ausgleichen. Wer sind denn die Konsumenten? In der Hauptsache sind die Konsumenten die nämlichen Personen, die auf der anderen Seite wieder Schaffende (Produzenten im landläufigem Sinne) sind. Was der Konsument am Preise zulegen muß, das erhält er als Produzent wieder zurück oder muß es zurückzuerhalten suchen. Zunächst erhalten es die Schaffenden in der Landwirtschaft zurück, weiterhin aber auch die im Gewerbe, da ja die ersteren ihre Aufgaben vermehren. Daß natürlich bei derartigen Eingriffen einzelne Gruppen besonders bevorzugt werden, das ist nicht zu bestreiten, das kann unter den heutigen Verhältnissen auch nicht verhindert werden, darf aber den Blick für die

großen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht trüben. Daß bei dieser Politik die Arbeiter in der Landwirtschaft und im Gewerbe benachteiligt werden und bleiben können, soll ebenfalls nicht bestritten werden, aber die Schuld daran liegt nicht an dem richtigen Gedanken des Schutzzolles, sondern an der Verteilungsweise zwischen Arbeitgebern und Arbeitern innerhalb der einzelnen Unternehmungen. Und diese Verteilungsweise wird wieder bestimmt von der wirtschaftlichen Machtposition der Arbeiter. Gerade bei der Stellungnahme zu dieser Frage handelt es sich darum, ob die Arbeiterschaft sich auch um die Produktionsmittel an sich und um ihre wirtschaftliche Ausnützung kümmern will, oder ob sie diese Sorge den Arbeitgebern bzw. den Kapitalisten gänzlich überlassen will. Der Sozialist hat sich gar sehr um die Produktionsmittel und ihre wirtschaftliche Verwertung zu kümmern, weswegen er grundsätzlich den Freihandel unter ungleichen Voraussetzungen verwerfen und für den Schutzzoll als Ausgleichswaffe plädieren muß. Eine reine Industriearbeiterpartei kann eine Zeitlang den reinen Freihandel propagieren, wird aber damit auf die Dauer in einem Lande wie Deutschland keine erfreulichen Erfahrungen machen. Die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für gewerbliche Erzeugnisse ist von solcher Wichtigkeit für den gewerblichen Arbeitsmarkt in Deutschland, daß bei einem Nachlassen dieser die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sich nicht nur durch beträchtlichen Zuzug erheblich verschärfen, sondern auch die Arbeitsgelegenheit absolut abnehmen würde. Und diesen Ausfall heute durch Exportsteigerung allein wettmachen zu wollen, wäre bei der industriellen Konkurrenz auf dem Weltmarkte eine Unmöglichkeit.

Allerdings nur dort sind, solange die Staaten als wirtschaftliche und politische Organisationen miteinander in Konkurrenz stehen, Schutzzölle angebracht, wo es sich um den Ausgleich von Unterschieden in den Herstellungskosten handelt, die hauptsächlich durch die Verschiedenheiten der natürlichen Produktivkraft oder solche der Bevorzugung in der Gewinnung von anorganischen Rohstoffen herbeigeführt werden. Im allgemeinen werden benachbarte, auf gleicher Stufe der Entwicklung stehende Länder das Bedürfnis nach möglichst ungehindertem Warenverkehr miteinander haben. Und hier glaube ich, daß die Zoll-

politische Abgrenzung zwischen Ländern mit einigermaßen sich nahe kommenden Produktionsbedingungen eine Schwächung gegenüber zollgeeinten großen Wirtschaftsgebieten mit einem breiten einheitlichen Inlandsmarkte bedeuten. Ich habe schon wiederholt an anderen Stellen auf die Gefahren hingewiesen, denen die westeuropäischen Länder mit ihrer zollpolitischen gegenseitigen Isolierung gegenüber Rußland, gegenüber dem englischen Reiche, gegenüber der Interessensphäre Amerikas, gegenüber dem ostasiatischen Wirtschaftsgebiete mit der Zeit immer mehr ausgesetzt werden müssen. Es wird in Zukunft die wirtschaftliche Entwicklung nicht anders verlaufen, als wie sie schon immer vor sich gegangen ist. Die Marktgebiete streben nach Erweiterung, wenn sie in ihrer bisherigen Größe in sich konsolidiert sind. Die territorialen Marktgebiete erweitern sich zu nationalen Marktgebieten, unter diesen finden wieder Zusammenschlüsse statt, wie es eben auch auf diesem Gebiete die harte Konkurrenz erfordert. Gegenüber den Konkurrenzgefahren der viel größeren Wirtschaftsgebiete, die außerhalb der westeuropäischen Länder bestehen oder sich bilden, wird die Zerklüftung Westeuropas durch die zollpolitischen Schranken sich immer mehr als ein starkes Hemmnis der Vorwärtsentwicklung, als eine starke Belastung erweisen. Das geht, wie schon in einem früheren Abschnitt dargelegt, bis zu den unerträglichsten Belastungen durch die Wehrausgaben. Um dieser verderblichen Entwicklung entgegenzuarbeiten, hat die sozialistische Handelspolitik auf eine zollpolitische Abrüstung innerhalb der wirtschaftlich einander nahestehenden westeuropäischen Länder hinzuwirken und durch eine systematische Handelspolitik das größere westeuropäische Marktgebiet anzustreben, das durch die internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkte notwendig wird, wollen nicht die europäischen Länder ernstlich in ihrer wirtschaftlichen und politischen Position zurückgedrängt werden.

Daß der Durchführung einer solchen Politik große Schwierigkeiten entgegenstehen, darf nicht verkannt werden; man denke nur an die politische Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich. Aber die Entwicklung der Wirtschaftsgebiete zu immer größeren Einheiten ist letzten Endes eine Folge des auf der Konkurrenz beruhenden Verkehrs, der auch heute noch immer, wenn auch auf höherer Stufe,

gleiche Erscheinungen zeitigt wie bisher. Die Handelspolitik der Arbeiter hat vor allem in dieser gekennzeichneten Richtung zu wirken, denn sie haben die nachteiligen Wirkungen der internationalen Konkurrenz am schärfsten zu spüren. Der handelspolitischen Abrüstung folgt aber mit der Zeit auch die militärische Abrüstung. Die westeuropäischen Länder werden den hier gekennzeichneten handelspolitischen Weg freilich nicht früher beschreiten, als bis der Zwang von außen her sie zum engeren Zusammenschlüsse drängt. Dieser Zwang wird nicht ausbleiben. Gerade hier liegen für die Zukunft noch Konfliktsmöglichkeiten, die um so eher vermieden werden können, je mehr die Arbeiterparteien der in Frage kommenden Länder die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung erkennen und ihren Einfluß zur Durchführung einer möglichen handelspolitischen Abrüstung aufbieten.

Aber die Kolonialpolitik spricht sich das sozialdemokratische Programm überhaupt nicht aus, aber die bisherige Haltung der Partei war durchweg ablehnend. Nun soll hier keineswegs dafür plädiert werden, daß eine in politischer Opposition befindliche Arbeiterpartei die von den bürgerlichen Parteien und der Regierung inaugurierte Kolonialpolitik zu unterstützen habe. Aber die Motivierung der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie ist meines Erachtens falsch. Daß Deutschland reichlich spät aktive Kolonialpolitik treibt, ist eine Folge seiner wirtschaftlichen und politischen Geschichte. Entweder man anerkennt, daß die heutigen Staaten vor allem nach außen hin noch Kampforganisationen sind und auf noch lange hinaus bleiben werden, dann wird man einem Staate wie Deutschland eine Erweiterung seines Gebietes durch Erwerbung von Kolonien nicht verwehren können, oder man kümmert sich um diese Rivalität der Staaten überhaupt nicht und verzichtet auf alle die Maßnahmen, durch die ein Staat heutzutage sich stark und groß erhalten kann; dann sinkt aber nicht nur die Macht und der wirtschaftliche Einfluß des betreffenden Staates, sondern auch allmählich der wirtschaftliche Wohlstand der Bürger des Staates und vielleicht am frühesten und stärksten die Arbeitsgelegenheit der Arbeiterschaft. Die Erwerbung von Kolonien ist also für einen Staat mit aufstrebender Wirtschaftsentwicklung, rasch ansteigender Bevölkerungsziffer und einem allmählich erg werdenden Wirtschaftsgebiet eine Not-

wendigkeit, die durchaus nicht gegen die Interessen der Arbeiterschaft verstößt, sondern bei glücklicher Entwicklung der Kolonialpolitik für den heimischen Arbeitsmarkt von sehr erfreulichen Wirkungen sein muß. Entweder gestatten die Kolonien eine Auswanderung überschüssigen Menschenmaterials oder sie ermöglichen die Gewinnung von Rohstoffen für den Bedarf des Mutterlandes. In beiden Fällen findet eine Verstärkung und Verbreiterung der Existenzbasis für die Angehörigen eines Staates statt. Wieso eine solche Vermehrung von Produktionsmitteln vom Standpunkte der Arbeiter aus zu verwerfen sein sollte, ist mir unverständlich und auch vom sozialistischen Standpunkte aus nicht zu begründen. Daß man nicht mit jeder Art der Erwerbung von Kolonien einverstanden zu sein braucht, daß Differenzen herrschen können über den Wert eines Gebietes, über die Stellung zu den Eingeborenen und ihre Beherrschung, das ist selbstredend. Hier ist denn auch ein weites Feld für eine kritische Betätigung, solange man aus rein politischen Gründen sich gezwungen fühlt, eine ablehnende Haltung in Fragen der Kolonialpolitik einzunehmen. Ebenso bietet die finanzielle Seite einen sehr wichtigen Anhaltspunkt für eine noch ablehnende Haltung einer aus politischen Gründen zur Opposition genötigten Partei. Aber die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik für Deutschland überhaupt regieren zu wollen, das bedeutet denn doch eine arge Rückständigkeit einer modernen sozialistischen Arbeiterpartei. Wenn heute die Sozialdemokratie ans Ruder käme, dann würde sie nicht nur die Kolonien im Interesse des Staates und der Arbeiter halten, sie würde auch eifrig Kolonialpolitik treiben müssen, um die Produktionsmittel der Kolonien so nutzbar wie möglich zu gestalten. Mit dem bloßen Regieren kommt eine kleine Partei aus, die noch keine Verantwortung trägt und zu tragen braucht, aber eine Partei von der heutigen Stärke der Sozialdemokratie vermag auf längere Zeit hinaus die Massen nicht mehr an sich zu fesseln, wenn sie in der Negation von wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten verharrt.

Die Erörterung der Besteuerung hätte schon im vorigen Abschnitt erfolgen können, aber sie hat vom sozialistischen Standpunkte aus ihre besonders wichtige Stelle im Rahmen der Wirtschaftspolitik. Es ist schon gesagt worden, daß der Sozialismus einmal bestrebt sein muß,

die Produktivität der Natur zu pflegen und die Arbeitsaufwendung so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt der zu erreichende Güterreichtum ab, den wir heute vielfach stark überschätzen. Auf der anderen Seite aber kann die Verteilung des Produktionsertrages nur allmählich zugunsten der Arbeit verschoben werden entsprechend der wachsenden wirtschaftlichen Macht der Arbeiter. Unbeschadet dieser Entwicklung können aber Staat und Gemeinde ihre Steuerpolitik in einer Weise gestalten, die der sozialistischen Entwicklung entgegenkommt. Im Prinzip wird heute schon die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaften zur Grundlage der Besteuerung gemacht. Die Heranziehung der begüterten und reichen Privatwirtschaften zu den Steuerlasten muß um so kräftiger sein, je leichter und müheloser sie ihr Einkommen zu gewinnen und zu steigern vermögen. In dieser Beziehung sind die Forderungen des sozialdemokratischen Programms durchaus berechtigt. Allerdings muß bei der Besteuerung der Privatwirtschaften sehr stark differenziert werden. Einkommen aus Arbeit ist anders zu bewerten als Einkommen aus Kapital; das Kapitaleinkommen ist ebenfalls je nach seinem Zustandekommen verschieden zu bewerten. Was aber wichtig ist, das ist ein steuerpolitisches Vorgehen gegen die übermäßig großen Einkommen und Vermögen, die auf das soziale und gesellschaftliche Leben äußerst nachteilig wirken. Natürlich hat auch die progressive Besteuerung ihre Grenzen; auch hier spielt wieder die Konkurrenz eine sehr wichtige Rolle. Durch ein zu rasches und starkes Hinaufdrehen der Steuerachse würde man das Kapital bzw. die Kapitalisten ins Ausland treiben. Hier spielen internationale Rücksichten deswegen besonders stark mit, weil die Anlagemöglichkeiten im Auslande noch äußerst zahlreich und ausgedehnt sind, eine Abwanderung der Kapitalen aber in einem Lande wie Deutschland schwer empfunden werden würde und sich zuletzt wieder in eine Schädigung des Arbeitsmarktes umsetzen würde. Denn Kapital braucht das deutsche Wirtschaftsleben noch in steigendem Maße. Was wir dem Kapital von seinem Einkommen durch Steuern nehmen würden, das wäre nicht so erheblich, um damit eine längere Verteuerung der Geldleihrate mit allen ihren Wirkungen auf das Wirtschaftsleben einzutauschen. Die Auswanderungsmöglichkeit für das Kapital ist sehr viel leichter als

für die Arbeitskraft, da in der Welt noch weite unerschlossene Gebiete sind, deren wirtschaftliche Ausbeutung nur durch große Kapitalinvestitionen in Angriff genommen werden kann. So verlockend also auch der Gedanke ist, durch die Besteuerung die übermäßigen Einkommen und Vermögen kräftigst zu beschneiden, so muß man sich doch der Grenzen bewußt bleiben, die allein schon durch die internationale Konkurrenz gezogen sind. Wird der Kapitalgewinn in einem Lande stärker als in anderen beschritten, so setzt die Kapitalauswanderung in erhöhtem Grade ein, und den Schaden von solchen Maßregeln haben weit weniger die Schichten, gegen die die Maßregeln gerichtet sind, als vielmehr diejenigen, zu deren Erleichterung sie getroffen werden sollten. Genau wie bei den Staaten liegen die Verhältnisse auch bei den Gemeinden. Auch hier kann die einzelne nicht ohne Rücksicht auf die anderen vorgehen, so sehr man oft auch versucht sein möchte, die Entwicklung zum Sozialismus durch kräftige Eingriffe etwas zu beschleunigen. Die besten Absichten, selbst angenommen es fände sich eine staatliche oder kommunale Macht, die sie ausführen wollte, scheitern eben an den sich alsbald einstellenden Gegenwirkungen, die man mit keiner Macht und Gewalt verhindern kann, solange in den verschiedenen Ländern noch so starke Niveauunterschiede in der Entwicklung bestehen wie heute. Innerhalb der so gezogenen Grenzen aber können und sollen die hohen Einkommen und die großen Vermögen so stark wie möglich herangezogen werden.

## Schluß

Mit Absicht habe ich nur die Punkte des sozialdemokratischen Programms beleuchtet, die von besonderer Wichtigkeit für die weitere Betätigung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete sind. Auf Vollständigkeit machen meine kritischen Ausführungen keinen Anspruch. Aber ich glaube nicht nur kritisch in negativem Sinne gewesen zu sein, ich habe vielmehr versucht, auch positive Fingerzeige zu geben, wie im Interesse der Arbeiterschaft wirtschaftlich, wirtschaftspolitisch und rein politisch vorgegangen werden muß. Denn darüber sollte wohl kein Zweifel bestehen, daß die Arbeiterschaft und ihr Ergehen wichtiger ist als das Interesse einer Organisation. Daß das sozialdemokratische Programm unter gewissen historischen Voraussetzungen so ausfallen mußte, wie es lautet, darüber ist kein Wort zu verlieren. Daß man sich aber sträubt, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, das ist ein Fehler, der sich rächen muß. Denn ich sehe schon voraus, wie es kommen wird. Man wird alle Einwände gegen das Programm in den Wind schlagen, man wird mit Zähigkeit an allen den überlebten Dogmen und Formeln festhalten, wird sie auslegen, drehen und wenden, wie man es gerade braucht, aber man wird davor zurückschrecken, das Programm an Haupt und Gliedern zu revidieren. Man wird die bisherige exklusive Politik weiter betreiben, nach welcher die Sozialdemokratie den Sozialismus gewissermaßen in Erbpacht genommen hat. Außerhalb gibt es keine richtige Erkenntnis. Wir bestimmen ganz allein, was Sozialismus ist und was im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Diese Anschauung möchte ja hingehen, handelte es sich nicht um die wichtige Frage, wie der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten werden muß, um den Anteil der Arbeit am Produktionsvertrage systematisch und dauernd zu steigern, wie innerhalb der Arbeit die verschiedenen Arten von Arbeit bewertet werden sollen. Damit dieser Kampf richtig geführt werden kann, müssen die Irrtümer des sozialdemokratischen Programms fallen. Es ist verkehrt, die Menschen wegen der von Menschen verursachten Ungerechtigkeiten auf ein Jenseits zu vertrösten, es ist aber ebenso verkehrt, sie auf einen diesseitigen Zukunfts-

staat zu verweisen, der von Voraussetzungen abhängig ist, die nicht eintreten, weil sie nicht eintreten können. Wir müssen vielmehr ganz allein an die Kraft und an die Opferfähigkeit, an den Egoismus, aber auch an die Selbstbeschränkung aus richtig verstandenem Egoismus appellieren, wenn im heutigen und künftigen Tauschverkehr die Arbeit die Herrschaft des Kapitalismus allmählich überwinden will. Die Parole der Abschaffung des Kapitalismus ist unter den heutigen Verhältnissen ein Schlag ins Wasser. Die Ansprüche des Kapitals auf den Produktionsbeitrag können durch stetigen Kampf und durch die innere, noch zu schaffende Geschlossenheit der Arbeit bis auf ein Minimum vermindert werden, aber wir können den Tauschverkehr zwischen Kapital und Arbeit nicht wegdekretieren. Dazu ist eben keine Macht auf Erden imstande. Jedenfalls ist für absehbare Zeiten nicht an eine Verkehrsweise zwischen Menschen zu denken, die sich anders abspielt als im Wege von Tauschakten.

Jeder gewaltsame Eingriff in den Tauschverkehr müßte mit einem Fiasko enden. Die Gewalt als fortschrittlicher Faktor auf politischem Gebiete soll keineswegs unter allen Umständen bestritten werden, aber die Gewalt schafft keinen kulturellen, vor allem keinen wirtschaftlichen Fortschritt. Die Gewalt ist ein Mittel, das ebenso im Interesse des Fortschrittes wie des Rückschrittes angewendet wurde und wird, dessen Anwendung aber die wirtschaftliche Struktur einer Gesellschaft nicht im mindesten ändern kann. Die ist historisch allmählich geworden und muß sich allmählich wandeln. Eine plötzliche Umgewöhnung von Millionen von Menschen ist allen Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte zuwider.

Wo die Arbeiter einzusetzen haben, damit sie wirtschaftlich vorankommen können, das glaube ich gezeigt zu haben. Es ist die eigene, zähe und ausdauernde Arbeit auf gewerkschaftlichem und konsumgenossenschaftlichen Gebiete. Da habe ich nun allerdings die Hoffnung, daß die gewerkschaftlichen und konsumgenossenschaftlichen Organisationen, mögen sie sonst zu meinen Ausführungen stehen, wie sie wollen, erkennen werden, daß sie diesen Weg als den einzig richtigen einzuschlagen haben und auf ihm fest beharren müssen, daß sie sich nicht durch Phantome verlocken lassen dürfen, nach denen es scheinen könnte,

es gäbe am Ende doch einen kürzeren Weg zum Ziele. Stellen sich Gewerkschaften und Genossenschaften auf den Boden der realen Verhältnisse, so muß die politische Partei über kurz oder lang mit oder ohne Änderung ihres Programms kapitulieren und ihren radikalen Standpunkt mehr und mehr aufgeben.

Die von mir gekennzeichnete Wirtschaftspolitik der Arbeiterschaft, die Arbeitsmarktpolitik und Konsumentenpolitik im besonderen, setzt allerdings voraus, daß wir auch die tatsächlichen Verhältnisse im Wirtschaftsleben kennen. Trotz der eifrigen Pflege von Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften tappen wir aber gerade auf dem wichtigsten Gebiete menschlicher Betätigung noch arg im Dunkeln. Wie ich schon wiederholt ausgeführt habe, kämpfen die Millionen von Privatwirtschaften den Kampf ums Dasein in der Hauptsache gesondert, jede Privatwirtschaft für sich. Das Kooperieren von Kapital und Arbeit erfolgt ja ebenfalls immer aus dem Kampfstande heraus: man verträgt sich nur zur Erreichung ganz bestimmter Zwecke, wahrt aber dabei so sehr wie möglich immer die eigenen Interessen. Dieser Kampfcharakter, der die menschliche Gesellschaft durchzieht, führt dazu, daß die Menschen nicht offen zueinander sind, nicht offen zueinander sein können. Denn jede Mißhe des einen wird von dem anderen ausgenutzt. Ja, die Rivalität und der Wettbewerb führen weiter, verleiten zu Täuschungen, die aus dem Tauschakte sich notwendig ergeben müssen. Tauschen und täuschen hängen genau so zusammen wie Handel und Händel. Jeder sagt von sich, was er will, daß der andere von ihm glauben soll. Nirgends ist aber die Zurückhaltung mit der nackten Wahrheit, die eben schaden könnte, so groß wie gerade im wirtschaftlichen Verkehr. Ob es sich nun um Privatwirtschaften, ob um Unternehmungen, um Organisationen handelt — sie alle stehen im Tauschkampfe, und sie alle führen ein Innenleben, das vor dem Blick der Außenwelt gehütet wird. Nicht nur gehütet wird. Man sucht, um seine Zwecke zu erreichen, die Kontrahenten in falsche Vorstellungen zu versetzen, man sucht die eigene Position als stark, die des anderen als schwach darzustellen und vermag das eben nur, weil der eine den anderen nicht kennt, weil er die ihm entgegenstehenden Kräfte nicht zu schätzen vermag.

Schon aus dieser Tatsache des gegenseitigen Kampfes der Privatwirtschaften gegeneinander ergibt sich, wie schwer es sein muß, einen genauen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe zu erhalten. Es kommt nun aber hinzu, daß die heutige Welt mit ihrer öffentlichen Meinung von einer verhältnismäßig geringen Zahl von mächtigen Interessenten über alle wirtschaftlichen Vorgänge unterrichtet wird. Man sehe sich die heutigen Zeitungen darauf an, auf wen die meisten Nachrichten, Artikel und Informationen des Handelsteils in letzter Linie zurückgehen, ja zurückgehen müssen. Es sind Banken, große Unternehmungen, große Organisationen, die direkt oder indirekt den Wissensstoff über das wirtschaftliche Leben liefern. Vor allem sind es Preisangaben aus allen Zentren des Marktverkehrs, deren Zustandekommen wieder aus dem Kampfe der Interessenten hervorgeht. Gegenüber diesen Quellen der wirtschaftlichen Erkenntnis muß die Arbeiterschaft in höchstem Maße vorsichtig sein. Sie hat selbst die Möglichkeiten in der Hand, sich Informationen zu verschaffen und der heute mächtigen Interessentenberichterstattung eine eigene Berichterstattung gegenüberzustellen, die zwar ebenfalls nichts anderes als eine Interessentenberichterstattung ist. Aber dieses Gegengewicht ist nötig, soll die heutige Kenntnis über wirtschaftliche Zustände und Vorgänge aus dem Schlepptau der rein kapitalistischen Interessenten befreit werden. Im Austauschverkehr spielt eben das Wissen eine weit größere Rolle, als es den meisten Menschen bewußt wird. Werden wir Jahre und Jahrzehnte hindurch einseitig informiert, so bilden sich verhängnisvolle Anschauungen heraus, die äußerst schwer wieder zu überwinden sind.

Selbst die wissenschaftliche Welt steht heute so unkritisch den Quellen der wirtschaftlichen Information gegenüber, daß es kein Wunder ist, wenn die Praktiker wenig Wert auf sie legen. Die Wissenschaft muß erst noch den Grund zu einer wirklich einwandfreien Wirtschaftskunde legen, aus der sich dann auf Grund einer richtigen Wirtschaftslehre die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen ergeben. Ein wichtiger Zweig dieser Wirtschaftskunde ist die Konjunkturlunde, deren Bedeutung ja gerade von den Arbeiterorganisationen immer mehr erkannt wird. Denn sie wissen und lernen es immer mehr, wie der Erfolg ihrer Aktionen in hohem Maße von der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes

abhängig ist. Hier eröffnet sich für die Wissenschaft ein fruchtbares Gebiet, fruchtbar insofern, als sie den Interessenten, deren einseitiger Standpunkt sich aus ihrem Kampfcharakter ergibt, die Vorgänge und Zustände im Wirtschaftsleben ungeschminkt darzustellen hat. Nur auf solcher Grundlage lassen sich dann die wirtschaftspolitischen Maßnahmen von den einzelnen Privatwirtschaften, den Unternehmungen oder den Organisationen bis hinauf zum Staate ergreifen und durchführen. Diese Wissenschaft brauchen gerade die Arbeiterorganisationen in hohem Maße gegenüber der auf dem liberalen Individualismus beruhenden Zersplitterung der Kenntnisse und Erkenntnis auf wirtschaftlichem Gebiete.

Die Wissenschaft steht nicht still, weil das Leben nicht stille steht. Ändern sich die Voraussetzungen einer Erkenntnis, so fällt mit den geänderten Voraussetzungen auch die Erkenntnis. Es ist falsch, bestreiten zu wollen, daß die Voraussetzungen sich nicht geändert haben, nur damit man ja die zum Dogma verwandelte Erkenntnis festhalten kann. Wollen die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften in ihrer Entwicklung nicht gehemmt werden, wollen sie vorwärts kommen, so müssen sie die Vorurteile, die aus dem sozialdemokratischen Programm heraus allmählich in den Reihen ihrer Mitglieder sich festgesetzt haben, zu überwinden trachten. Das ist gewiß keine leichte Arbeit, die aber ganz erheblich vermindert würde, wenn die politische Arbeiterpartei selbst sich zu einer gründlichen Reform des Programms entschließen könnte. Da mir dies als ziemlich unwahrscheinlich erscheint, auch die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften zu einer solchen Änderung nicht drängen können, so wird der Verlauf der Entwicklung der sein, daß die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften getrennt ihre wirtschaftlichen Ziele im Rahmen ihres Tätigkeitsgebietes verfolgen werden, daß aber das einigende Band, das für das eigentliche Ziel des Sozialismus in der politischen Partei bestand und bestehen sollte, sich immer mehr lockert. Heute mag das Nebeneinanderhergehen der verschiedenen Arbeiterorganisationen noch nicht bedrohlich sein, weil der Zusammenhang durch Personen gegeben ist, die durch ihre Vergangenheit mit der politischen Partei noch eng verbunden sind. Aber die sachlichen Gegensätze werden wachsen, persönliche Beziehungen

werden sie nicht mehr zu überbrücken vermögen, und der politischen Arbeiterpartei, wenn sie am jetzigen Programm festhält, wird dann das gleiche Schicksal winken, dem der politische Liberalismus verfallen ist. Die äußeren Erfolge, vor allem die starke Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß heute schon der Schwerpunkt der Arbeiterpolitik bei den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften liegt. Von dem Verhalten der politischen Partei wird es abhängen, ob sie durch Festhalten an ihrem jetzigen Programm noch weiter zurückgeschoben werden will, oder ob sie durch eine entsprechende Reform des Programms wieder die Führung erhalten kann.

## Inhalt

	Seite
Einleitung . . . . .	1
Die Produktivität der Arbeit . . . . .	8
Der Untergang des Kleinbetriebs . . . . .	19
Die Monopolisierung der Produktionsmittel . . . . .	34
Gesellschaftliches Eigentum und gesellschaftlicher Betrieb . . . . .	44
Tauschwirtschaft und Sozialismus . . . . .	54
Das Schaffen des Arbeiters . . . . .	65
Der Arbeiter als Verbraucher . . . . .	79
Staat und Politik . . . . .	87
Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik . . . . .	104
Schluß . . . . .	123

Druck der Spamer'schen Buchdruckerei in Leipzig

Jean Jaurès, Die neue Aemee. br. M 7.—, geb. M 8.50

Die neue Zeit (Stuttgart): Von rechts und von links, zu Recht und zu Unrecht hat es schon Angriffe auf dieses Buch gehagelt. Ein Werk, das Freund und Feind derart mobil macht, ist sicherlich kein unbedeutendes Produkt der politischen Literatur. Und in der Tat bietet es eine großartige Auseinandersetzung tiefer Gedanken, mit denen man sehr oft nicht einverstanden sein kann, die aber durch die glänzende und häufig hinreißende Rhetorik, mit der sie ausgedrückt werden, fesseln und zum Nachdenken zwingen. Wenn man die 649 Seiten mit ihren kriegsgeschichtlichen und kriegsphilosophischen Abhandlungen, ihren historischen Betrachtungen, ihren Darlegungen über Demokratie und Sozialismus usw. gründlich durchstudiert hat, dann bleibt ein reicher geistiger Gewinn. An deutschen Verhältnissen gemessen, ist der Vorsprung in Frankreich sehr groß. Hier gibt es doch wenigstens Offiziere, die den Milizgedanken wissenschaftlich zu ergründen und praktisch zu verwirklichen suchen; davon zeugt die Widmung im Buche von Jaurès. Bei uns in Deutschland waren es nur Sozialisten, und zwar Sozialisten, die der Milizfrage in den zwei Jahrzehnten wissenschaftlich näher getreten sind; nach Friedrich Engels war es vor allem August Bebel, dessen Buch „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“ aber nun auch schon 12 Jahre alt und durch die Entwicklung überholt ist.

Th. G. Masaryk, Rußland und Europa. Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. 2 Bände. br. M 24, gebunden M 28.—

Der Staatsbürger: Es handelt sich in Wirklichkeit um den ersten Versuch einer Geschichte des geistigen Lebens in Rußland, unternommen durch eine Analyse der führenden Denker. Wir bewundern den Reichtum der Kenntnisse und Gedanken des Verfassers ebenso wie die Größe des Wurfes. Der dies Werk unternahm, ist in besonderem Maße dazu geeignet: als Nichtrußse wird ihm die Distanz leichter, als Tschechen verbinden ihn innerliche Bande mit dem großen verwandten Volke. Masaryk ist bekannt nicht nur als Inhaber des philosophischen Lehrstuhles der Prager tschechischen Universität, sondern als Politiker und Vertreter eines großzügigen Ausgleichs der Rechte beider Völker seines Vaterlandes Böhmen. Das uns beschäftigende große Werk überschaut zunächst die politische und wirtschaftliche Entwicklung Rußlands von Anfang an. Daran schließt sich die eigentliche Analyse der charakteristischen Männer, der charakteristischen Gedanken: die romantische Verherrlichung der Katholiken gegenüber der orthodoxen Theokratie, das Slavophilentum, der Panislamismus, das Westtum. Der zweite Band beginnt mit Anarchismus, Realismus und Nihilismus; daran schließen sich soziologischer Subjektivismus, die offizielle Theokratie, die Anstalt, vor allem jedoch der Marxismus in Rußland. Alles führt auf die große Auseinandersetzung des russischen Revolutionismus hin. Zum Schluß zieht Masaryk noch einmal die Summe dieser Betrachtungen. Das Problem der Revolution ist es, das diese Kapitel behandeln: „Das erkenntnistheoretische Problem“, „Das religiöse Problem“, „Demokratie contra Theokratie“, „Demokratie und Revolution“, „Der russische Monch und Feuerbach“. In der Tat ein grundlegendes Werk über das russische Slaventum.

## Schriften zur Soziologie der Kultur

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Alfred Weber-Heidelberg

Die heutigen Kulturinteressen gehen nach zwei Seiten; neben dem Drang, innerlich aus neuen Tiefen aufzubauen, steht das Gefühl, daß alles Innere vom äußeren Leben mitbestimmt wird, in äußeren Formen wächst und äußeren Ausdruck sucht. Wir fühlen das Äußere als die Summe der Bedingungen und als den Komplex der Folgen unseres seelisch-kulturellen Seins. Daher zu allen religiösen, philosophischen und psychologischen Interessen das starke dauernde Interesse für soziale Gestaltungen und Fragen.

Wir haben nun eine glänzende theoretische Soziologie, auch eine wachsende Literatur über die Massenerscheinungen und allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialen Lebens; auf der anderen Seite ausgedehnte literarische Mittel für das Hinabsteigen in uns selbst, die Vertiefung unserer geistigen Anschauungen und Interessen. Wir haben aber bisher keine Möglichkeit, diese geistigen Strömungen mit den realen Lebensvorgängen, die sie mit bedingen, zu verbinden, sie in die konkreten Erscheinungen hineinzustellen, aus denen sie herauswachsen und auf die sie wieder formend und gestaltend wirken sollen.

Wie hängen soziale Formen und Kultur, Daseinsgestaltung und Kulturgestaltung, vitaler Inhalt und Kultur tendenz zusammen? Wie bauen sich auf den Lebensformen die Gehäuse und Medien auf, in denen sich das Geistige auswirkt? Welche Schichten tragen die verschiedenen geistigen Tendenzen, und mit welchem Lebens-eingestelltsein hängt dies dann zusammen? Was ist die Kulturbedeutung dieser oder jener Abkunft, Bindung, inneren oder äußeren Gestaltung der großen lebens-tragenden Kräfte? Es soll versucht werden, zu diesen Fragen, zu den Problemen der Soziologie der Kultur also, empirische Beiträge zu liefern, diese oder jene sichtbare und faßbare Seite der ange deuteten Zusammenhänge herauszugreifen und zu beleuchten.

Zuerst sind erschienen:

Bd. I: Hans Staudinger, Individuum und Gemeinschaft in der Kulturorganisation des Vereins. broschiert M 3.50, gebunden M 4.70  
Das Buch stellt an der Geschichte des Vereins die Entstehung des bürgerlichen Individualismus aus der mittelalterlichen und nachmittelalterlichen Gebundenheit sowie die Anfänge eines neuen Gemeinschaftslebens in der Welt des Arbeiters dar.

Bd. II: P. A. Clasen, Der Salutismus. Eine sozial-wissenschaftliche Monographie über General Booth und seine Heilsarmee. br. M 4.50, geb. M 5.70

Bd. III: Emilie Altenloh, Zur Soziologie des Kinos. Die Kino-Unternehmung und die sozialen Schichten ihrer Besucher. br. M 2.50, gebunden M 3.50  
St. Galler Tagblatt: Es handelt sich nicht um das Kino allein, sondern um das bessere Verständnis der Volks- und Zeitverle überhaupt.

## Eugen Diederichs Verlag in Jena

Sidney und Beatrice Webb; Das Problem der Armut.  
br. M 6.—, geb. M 7.20

Breslauer Morgenzeitung: Eine Fülle von „Systemen“, nach Personen oder Städten benannt, versuchte den Armen beizukommen. Versicherungen, freiwillige und obligatorische, passten sich diesen Systemen an. Aber in allem guten Willen walteten Unzweckmäßigkeit und Irrtum. Nicht religiöse, politische oder irgendwie egoistische Furcht steuern der Armut, sondern eine weitgefaste Hygiene. „Jeder unverfugte Arbeitslose ist eine genau so große öffentliche Gefahr als jeder nicht-isolierte Scharlachranke!“ Dieser Satz kennzeichnet den Inhalt des für den Menschenfreund und Literaten gleich anziehenden Buches. In zehn Kapiteln weist es gängbare Wege zur Verhütung der Armut. Individuelle Scheidung der Kranken in ihrer Behandlung ist eine Hauptforderung. Während Erweiterung aller hygienischen Maßnahmen, Verbesserung der Wohnungen und anderer Lebensbedingungen stattfinden muß, hat der Staat die Schwankungen von Angebot und Nachfrage auf dem Waren- und Arbeitsmarke zu regulieren.

*Das Programmbuch des „Soziologischen Psychologismus“*

Gustaf F. Steffen, Die Grundlage der Soziologie. Ein Programm zu der Methode der Gesellschaftswissenschaft und Naturforschung. br. M 3.—, geb. M 4.20

Die Zeit (Wien): Dem Materialismus und Energismus gegenüber verteidigen neben weniger berühmten Forschern Wilhelm Wundt und Henri Bergson die Eigenart des Seelenlebens. Auf beide stützt sich Steffen, um die Soziologie, die es mit Menschen, mit deren Wissen und Wollen zu tun habe, demnach eine Geisteswissenschaft sei, der Herrschaft des Materialismus zu entziehen. Die materialistische Geschichtskonstruktion würde die Latkraft der Arbeiter lähmen, wenn sie in ihnen die logisch daraus folgende Ergebung in die unverbrüchliche Naturkausalität erzeugte. Verbesserungen des Gesellschaftslebens kommen nicht von selbst im Verlaufe einer sogenannten natürlichen Entwicklung, sondern werden durch den vernünftigen Willen guter Köpfe herbeigeführt, und Aufgabe der Soziologie ist es eben, die Reformen durch die bisher im Gesellschaftsleben gemachten Erfahrungen zu fördern. (Karl Jentsch)

Eberhard Schimmer, Philosophie der Technik. Vom Sinn der Technik und Kritik des Unsinns über die Technik. br. M 3.—, geb. M 4.—

Leipziger Neueste Nachrichten: Als die Idee der Technik bezeichnet Schimmer: Ausdruck des urhaften Menschenwillens, die primitive Kraftausstrahlung des Naturlebens zweckhaft zu beherrschen, eine neue Freiheit des Daseins heraufzuführen durch das Erschaffen eines Werkzeuges der höchsten erreichbaren Kraftentfaltung des Menschentumes. Schimmer beweist einleuchtend den genetischen Unterschied zwischen der Idee der Technik und dem Wirtschaftsleben und treibt damit in den groben Klotz einer antitechnischen Hege den groben Keil einer strengeren und inselgedessen tieferen Einsicht, er stellt einem mühen Kulturpessimismus einen latenten, lebenskräftigen Neu-Judaismus gegenüber. (W. Scheller)